

# Leitantrag zum Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014

---

*unkorrigierte Fassung, nach dem Parteivorstand am 23.und 24.November*

*vor redaktioneller Endbearbeitung, Stand: 27.11.*

## **Inhalt**

### **Einleitung**

#### **1. Soziales Europa**

##### **1.1 Gerecht und solidarisch aus der Krise**

1.1.1 Krisenpolitik zerstört Demokratie und Sozialstaat in Europa

1.1.2 Mit LINKS aus der Krise

1.1.3 Banken entmachten - Finanzmärkte regulieren

1.1.4 Umsteuern: Profiteure der Krise zur Kasse

Gerechte Steuern in Europa

Für einen gerechten und solidarischen EU-Haushalt

1.1.5 Solidarisch Miteinander statt ruinöser Wettbewerb

##### **1.1 Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa!**

1.2.1 Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs. Arbeitszeit verkürzen.

1.2.2 Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: soziale Rechte

##### **1.2 Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten**

1.3.1 Ein Programm für die Zukunft

Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

1.3.2 Ändern, was wir wie produzieren: Konversion und sozial-ökologischer Umbau

Eine sozial gestaltete Energiewende

Eine wirksame Klimaschutzpolitik

Eine Verkehrspolitik, die Mobilität fördert und Verkehr vermeidet

Eine verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaftspolitik

Eine schonende Fischereipolitik und einen nachhaltigen Schutz der Meere

Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Für einen wirksamen Tierschutz

#### **2. Demokratisches Europa**

2.1 Soziale und politische Rechte verteidigen

2.2 Die Lobby von Unternehmen, Banken und Vermögenden zurückdrängen

2.3 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für Jede und Jeden

2.4 Geheimdienste auflösen und Datenschutz garantieren

2.5 Gleiche Rechte für Sinti und Roma

2.6 Dem Rassismus entgegenzutreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa

2.7 Bildung für ein anderes Europa. Berufsbildung

#### **3. Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen**

3.1 Europa in einer globalisierten Welt

3.2 Jede Waffe findet ihren Krieg – Rüstungsexporte EU-weit verbieten

3.3 Europa darf keine Festung sein!

3.4 Freien Zugang für Alle – EU-Visa-Liberalisierung

3.5 Europa ist größer als die EU: Wir wollen es demokratisch und solidarisch gestalten

3.6 Für faire und solidarische Beziehungen – EU-Nachbarschaft

3.7 Entwicklungs- statt Freihandelspolitik – Keine Armut durch EU-Interessen

#### **4. Europa verändern**

## 1 Einleitung

2 Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen. Aber was haben die Raubzüge der  
3 Großbanken, der Bürokratismus und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht?  
4 Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und  
5 weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit  
6 verursachte. Viele verbanden mit der EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind  
7 mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer und mehr Menschenjagd in und an den  
8 Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt. Immer mehr  
9 Gräben wurden aufgerissen, statt Hände zu reichen.

10 Die Wahl zum Europäischen Parlament fällt in eine Zeit, in der Europa vor einem Scheideweg steht:  
11 wie wir leben wollen, wie wir soziale Gerechtigkeit erreichen, Arbeit, Demokratie und alltägliches  
12 Zusammenleben organisieren wollen. Worauf wir Anspruch haben, beim Lohn, bei der Rente, bei der  
13 Gesundheitsversorgung, beim Schutz unserer Daten. Ob es Chancen gibt für eine ganze Generation  
14 von jungen Menschen in Europa oder ob sie in Armut, Erwerbslosigkeit und Migration gezwungen  
15 werden. Ob wir in guter Nachbarschaft leben oder ob unsere Nachbarn mit Wut und Verzweiflung auf  
16 Deutschland schauen. Ob wir einen neuen Anfang für eine wirtschaftliche Entwicklung machen, der  
17 Lebensqualität, Demokratie und Ökologie zusammenbringt oder ob die Einen ohne wirtschaftliche  
18 Perspektive bleiben und der wirtschaftliche Wachstum der Anderen die natürlichen Grundlagen  
19 zerstört. DIE LINKE tritt für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das aus dem  
20 Klammergriff der Finanzmärkte und der Kürzungspolitik befreit wird. Wir wollen, dass in ganz Europa  
21 die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen, von Rentnerinnen und Rentnern und der  
22 Jugendlichen an erster Stelle stehen.

23 Europa ist zerrissen. In vielen Ländern stehen die Menschen vor den Scherben des gescheiterten  
24 Finanzkapitalismus. Die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und  
25 Europäischer Kommission hat mit ihrer Politik der Kürzung von Sozialleistungen, Löhnen, Bildung,  
26 Gesundheit und Renten Millionen Menschen ins Elend gestürzt. Eine ganze Generation von jungen  
27 Menschen steht vor dem Nichts, wenn über die Hälfte von ihnen erwerbslos sind, wie etwa in  
28 Griechenland und Spanien.

29 In Deutschland ist alles richtig gemacht worden, behauptet die Bundeskanzlerin. Schließlich sei die  
30 Massenarbeitslosigkeit geringer, die Exporte halten an. Viele hoffen, dass die Krise an Deutschland  
31 vorbei gegangen ist. Der Druck setzt sich in den Exportindustrien nur langsam auf die Arbeitsplätze  
32 durch. Doch wenn unsere Nachbarn verarmen, werden die Exporte einbrechen. Wenn die Löhne und  
33 Sozialleistungen in ganz Europa fallen, werden sie auch in Deutschland sinken. Und Millionen  
34 Menschen können schon heute von ihrer Arbeit nicht leben, es gibt viel mehr Erwerbslose als die  
35 offiziellen Statistiken zugeben und Straßen, Schulen, öffentliche Einrichtungen verkommen oder  
36 werden privatisiert.

37 Mit „Europa“ verbinden immer mehr Menschen Kosten, Bevormundung und Bürokratie. Den  
38 Bevölkerungen der so genannten „Krisenstaaten“ tritt die Europäische Union – und das oft in Gestalt  
39 der Bundeskanzlerin – als Instanz von Kürzungen beim Sozialstaat, bei den Löhnen, Renten und im  
40 Gesundheitswesen entgegen. Mit „Europa“ verbinden sie soziale und wirtschaftliche Verwüstung. In  
41 Deutschland erweckt die Regierung den Eindruck, als würde Europa vor allem durch deutsche  
42 Steuern finanziert. Auch aus den sozialen Verwerfungen entsteht der Nährboden für rechte und

43 rassistische Politik. Die deutsche Regierung schürt Ängste in der Bevölkerung und vermittelt den  
44 Eindruck, es gäbe keine Alternativen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa  
45 nutzen die Sorgen der Menschen für ihre Politik aus. Sie schüren Ressentiments gegen die  
46 europäischen Nachbarländer und machen mobil gegen sozial Benachteiligte, nicht gegen die  
47 Ursachen und Verursacher der Krise. Sie stehen ebenso auf der Seite der großen Konzerne und der  
48 Finanzmärkte wie die Mainstream-Parteien. In Deutschland hofft die AfD von der Krise zu profitieren.  
49 Gegen die neoliberale Ausrichtung der anderen Parteien, gegen Rechtspopulismus und Ausgrenzung  
50 stellen wir unsere linken Alternativen zur Wahl.

51 Der Bundesregierung ist es gelungen, die Krise der Banken, die Krise des Finanzsektors, die Krise des  
52 finanzgetriebenen Kapitalismus in eine Krise der Staatsverschuldung umzudeuten und nutzt dies, um  
53 die EU grundlegend umzubauen. Als seien die Bevölkerungen an den Krisen ihrer Länder schuld, weil  
54 sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten – nicht die Spekulation und Bankenrettung. Sie nutzt dies, um  
55 Demokratie und Sozialstaat in der EU zu zerstören. Als wären diese Länder nicht gedrängt worden,  
56 mit vielen Milliarden die Banken aus der Krise freizukaufen. Das nützt einer Politik, die  
57 Sozialleistungen und Löhne senkt – dort wie hier. Die Löhne sind gesunken, die Steuern für Reiche  
58 und Unternehmen auch – hier wie dort. Die Banken haben sich verzockt und sind mit Geldern der  
59 Staaten „gerettet“ worden. Jetzt sind die Staaten bei Banken verschuldet, die „Rettungsschirme“  
60 retten die Banken und die Menschen zahlen – dort wie hier.

61 DIE LINKE hat als einzige Partei im Bundestag die so genannten Rettungspakete der Bundesregierung  
62 abgelehnt. Nicht, weil wir gegen Solidarität in Europa sind, sondern weil wir dafür sind. Die  
63 Rettungspakete der Regierung haben vor allem die Banken gerettet: Fast die gesamten Hilfen „für  
64 Griechenland“ sind in den Finanzsektor geflossen. Und die kaum sechs Prozent der Gelder, die in den  
65 griechischen Staatshaushalt geflossen sind, waren mit der Auflage verknüpft, mit den bereitgestellten  
66 Mitteln unter anderem Rüstung und Waffen zu importieren. Nicht zuletzt aus Deutschland.  
67 Das zeigt, was falsch ist an der Politik der Europäischen Union und der deutschen Regierung: Nicht  
68 Menschen werden gerettet, sondern Banken. Nicht das Vertrauen der Bevölkerung soll gewonnen  
69 werden, sondern das der Finanzmärkte. Nicht gute Arbeit und Investitionen in eine lebenswerte  
70 Zukunft bestimmen die Wirtschaftspolitik, sondern Konkurrenz, Militarisierung nach außen und innen  
71 und das Geschäft mit Krieg und Tod.

72 Die Bundeskanzlerin will die Europäische Union in einen „wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum“  
73 umbauen. Das bedeutet im Klartext: Das Wichtigste ist, dass die Europäische Union mit anderen  
74 Wirtschaftsräumen wie USA und Asien konkurrieren kann. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich,  
75 zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen sind dann nur noch wichtig, insoweit sie die  
76 Konkurrenzfähigkeit der ganzen Europäischen Union in Frage stellen. Wir verteidigen dagegen  
77 gemeinsam mit den linken Parteien in anderen europäischen Ländern und gemeinsam mit  
78 Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Europa, dass sich die Lebensbedingungen für alle  
79 Menschen in der Europäischen Union verbessern und angleichen müssen. Die Schere von Arm und  
80 Reich ist in der Europäischen Union immer weiter aufgegangen. In Deutschland, in Griechenland, in  
81 fast allen europäischen Ländern werden die Reichen reicher und die Armen ärmer – und die Mitte  
82 schrumpft. Wir wollen, dass der gesellschaftliche Reichtum so verteilt wird, dass er allen  
83 zugutekommt. Die Superreichen und die Banken müssen endlich an den Kosten der Krise beteiligt  
84 werden – in allen Ländern. Deshalb streiten wir zusammen mit den linken Parteien in Europa für eine  
85 Abgabe auf hohe Vermögen. Mit einer Umverteilung von oben nach unten ist ein Politikwechsel für  
86 mehr soziale Gerechtigkeit möglich: in Deutschland und in ganz Europa.

87 Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die  
88 Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns  
89 zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter  
90 verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union.  
91 Wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute soziale Standards ringen. Aus der  
92 Spirale der Konkurrenz um Standorte und niedrige Steuern für Unternehmen muss gestoppt werden.  
93 Dass immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Markt geöffnet werden, müssen  
94 wir auch in ganz Europa bekämpfen. Ob es möglich ist, in den Kommunen Energieversorgung wieder  
95 in die öffentliche Hand zu bekommen, ob sie sich für kostenfreien Bus- und Bahnverkehr entscheiden  
96 können, wird auch in Brüssel entschieden. Ob regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und  
97 Arbeitsplätze geschaffen werden können, hängt auch von der Wirtschaftspolitik und der  
98 Regionalförderung der Europäischen Union ab. Vielen Menschen ist das Nationale zu eng. Auch für  
99 uns. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien streiten wir für eine  
100 neue, andere Europäische Union. Eine EU, die Freiheit nicht mit der Freiheit von Waren und Kapital  
101 verwechselt und für die Sicherheit nicht darin besteht, dass an den Mauern ihrer Festung immer  
102 mehr Menschen in den Tod getrieben werden.

103 Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine „marktkonforme Demokratie“. Das bedeutet im Klartext: Die  
104 Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung werden den Märkten hintangestellt. Nicht die  
105 Menschen, Bürgerinnen und Bürger, gestalten die Europäische Union, sondern die Politik will die  
106 Interessen und Erwartungen der Menschen an die Märkte anpassen. Die Länder sollen in die  
107 Kürzungspolitik gedrängt werden und die Rechte der Parlamente und die Mitbestimmung der  
108 Bevölkerung werden ausgehebelt. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Im Gegenteil: Wir wollen die  
109 Demokratie, die Parlamente, die Bürgerentscheide stärken. Wir wollen, dass Volksentscheide und  
110 europäische Bürgerinitiativen den Stimmen der Bevölkerungen Gehör verschaffen. In den letzten  
111 Jahren haben hunderttausende Menschen dagegen protestiert, dass ihre Regierungen den Kürzungen  
112 kaum Widerstand entgegen gesetzt haben. Dass ihre demokratischen Rechte den wirtschaftlichen  
113 Diktaten angeblicher Expertinnen und Experten untergeordnet wurden. An vielen Orten haben sie  
114 gegen Zwangsräumungen und für bezahlbaren Wohnraum gestritten. Auf den Straßen und Plätzen  
115 demonstrierten sie gegen die Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Demokratie. Der  
116 erste europaweite Generalstreik, der Erfolg der europaweiten Initiative gegen die Privatisierung des  
117 Wassers, die europäischen Proteste gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main haben  
118 gezeigt: Die Beschäftigten und die sozialen Bewegungen setzen der Politik der Troika ihren  
119 Widerstand entgegen. Sie sind bereit, Europa von unten neu zu gestalten. DIE LINKE und die  
120 Europäische Linke sind Teil dieser Bewegungen. Mit unserer Fraktion (Vereinte Europäische Linke  
121 /Nordische Grüne Linke) sind wir auch ein Sprachrohr dieser Bewegungen im Europäischen  
122 Parlament. Wir verteidigen die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger,  
123 deshalb haben wir das ACTA-Abkommen abgelehnt.

124 Wir stellen uns gegen Dienstleistungsrichtlinien sowie das geplante Freihandelsabkommen mit den  
125 USA, die die Konkurrenz um die niedrigsten Löhne, Arbeitsbedingungen, soziale und ökologische  
126 Standards in Europa verschärfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass prekäre Regionen gefördert  
127 werden. Für die Sicherheit von Lebensmitteln und Kinderspielzeug und gegen eine Erhöhung des  
128 Renteneintrittsalters.

129 Wir überlassen die Europäische Union nicht den Erfüllungsgehilfen von Finanzkapitalismus und  
130 Standortkonkurrenz. Wir verteidigen die sozialen Grundlagen der Demokratie und wollen die Macht

131 der Banken und Konzerne brechen. Denn Demokratie ist auch eine Frage des Eigentums. Teilhabe an  
132 demokratischen Entscheidungen und Teilhabe am Reichtum der Gesellschaften hängen zusammen.  
133 Existenzangst ist eine Feindin der Demokratie. Auch deshalb wollen wir ein Europa der sozialen  
134 Rechte sowie der demokratischen Grundrechte. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken.  
135 Wir wollen eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, weg von den Finanzmärkten, weg von der  
136 Rüstungsindustrie und der Umweltzerstörung. Wir wollen keine abgehängten Regionen, sondern eine  
137 gemeinsame Zukunft. Wir wollen eine Offensive für Beschäftigung in Gesundheit und Pflege, Bildung  
138 und Erziehung. Eine Offensive für die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und für eine soziale  
139 Energiewende. Damit lassen sich die Lebensverhältnisse in Europa verbessern, hier wie dort. Gerecht  
140 für alle.

141

## 142 **1. Soziales Europa**

143 *#kasten# »Als Menschen, ... als Fußvolk sind wir noch lange nicht aus der Krise raus. Wir*  
144 *kriegen es noch zu spüren.« (Vertrauensmann aus der IG Metall)*

145 Die Krise in Europa ist auch das Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen  
146 Union. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht gibt es eine umfassende neoliberale Ausrichtung,  
147 liegen die Schwerpunkte auf der Freizügigkeit des Kapitals und auf Wettbewerbsvorteilen der  
148 wirtschaftlich starken Länder. Die „Lissabon-Strategie“ (2000 und 2005) sollte die EU zur  
149 wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Standortwettbewerb  
150 und Wettlauf um Senkung der Kosten sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft  
151 verschärft.

- 152 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in  
153 den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und Tarifautonomie müssen Vorrang vor der  
154 Freiheit der Märkte haben. Wir wollen, dass in den EU-Verträgen neben Demokratie und  
155 Rechtsstaatlichkeit auch die sozialen Rechte und die Sozialsysteme geschützt werden.
- 156 • DIE LINKE hat den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Das gilt weiterhin. Wir fordern  
157 eine Revision der Grundsatzverträge der EU, um einen Neustart für eine demokratische,  
158 soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen. Über neue EU-  
159 Verträge müssen in allen EU-Mitgliedsstaaten Volksabstimmungen abgehalten werden.
- 160 • Wir wollen eine Europäische Union, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert.  
161 Dafür brauchen wir einen gerechten und solidarischen Weg aus der Krise. Wir brauchen  
162 gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten, die vor Altersarmut schützen und den  
163 Lebensstandard sichern. Wir brauchen soziale Sicherheit, die vor Armut schützt und  
164 sicherstellt, dass nicht Angst und Stress das Leben bestimmen. Und wir müssen die  
165 Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen, damit die Menschen in Europa eine Zukunft  
166 haben.

### 167 **1.1 Gerecht und solidarisch aus der Krise**

168 *„Ich wünschte Merkel könnte verstehen, dass Austerität zu abnehmender Leistungskraft der*  
169 *Wirtschaft, zu höherer Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und mehr Ungleichheit führt. Es gibt kein*  
170 *Beispiel für eine große Volkswirtschaft, die durch Austerität zu Wachstum gekommen ist.“*  
171 *(Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsnobelpreisträger)*

172 Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Der  
173 Kapitalismus ist unfähig, die brennendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Der  
174 Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne und  
175 Gehälter zu drücken und die Reichen weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens zu  
176 entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment  
177 der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Gesellschaftlich notwendige öffentliche Infrastruktur,  
178 langfristige wirtschaftliche Strukturen, ökologischer Umbau von Energie und Produktion, dringend  
179 notwendige Dienstleistungen im Sozialen, in Gesundheit und Erziehung – über die Märkte werden  
180 keine Investitionen dorthin gelenkt. Hier brauchen wir demokratische – also politische – Formen der  
181 Steuerung von Investitionen.

182 Drei grundlegende Ursachen sind für die Krise in Europa verantwortlich:

- 183 1. Die Finanzmärkte wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv dereguliert.  
184 Neoliberale Politik hat die Regeln des internationalen Finanz- und Bankensystems  
185 weitgehend beseitigt. Es wurden Schattenbanken zugelassen, wie zum Beispiel Hedgefonds  
186 und außerbilanzielle Zweckgesellschaften. Eigenkapitalvorschriften der Banken wurden  
187 gelockert und der Handel mit hochriskanten Finanzprodukten erlaubt. Die  
188 gesamtwirtschaftliche Kreditvergabe stieg stärker als die Wirtschaftsleistung und führte zu  
189 einer weltweiten Finanzkrise.
- 190 2. Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde von einer Umverteilung der Einkommen und  
191 Vermögen von unten nach oben und einer Privatisierung der Altersvorsorge begleitet. Seit  
192 zwei Jahrzehnten steigen die Gewinne weltweit viel stärker als die Löhne und  
193 Sozialeinkommen. Zudem zahlen große Unternehmen, Banken und Vermögende immer  
194 weniger Steuern. Die Massenkaufkraft ist gesunken, höhere Gewinne werden kaum noch  
195 investiert. Das so frei gewordene Kapital drängte auf der Suche nach kurzfristigen  
196 Anlage- und Profitmöglichkeiten auf die Finanzmärkte gespült und in die Spekulationsblasen.  
197 Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben führten in nahezu allen EU-Staaten zu  
198 einer Banken- und Finanzkrise. Europaweit wurden Rettungsschirme für Banken  
199 aufgespannt - auf Kosten der Bevölkerung: Erst durch diese Milliardenzahlungen, mit denen  
200 die Banken gerettet werden sollten, wurden die Staatsschulden in vielen EU-Staaten in die  
201 Höhe getrieben.
- 202 3. Extreme Ungleichgewichte beim Außenhandel in einem gemeinsamen Währungsraum haben  
203 zu erheblichen Problemen geführt. Die deutsche Wirtschaft ist auf Export getrimmt worden:  
204 mit Niedriglöhnen im Bereich der Dienstleistungen und der Zulieferer. Die Binnennachfrage  
205 wurde vernachlässigt. Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen (vor allem  
206 Deutschlands) sind die Schulden der anderen, weil letztere ihre Importüberschüsse durch  
207 eine Kreditaufnahme bezahlen müssen. Eine Lösung der Krise, ohne die Ungleichgewichte im  
208 Handel mit Waren und Dienstleistungen in Europa abzubauen, ist aussichtslos.

### 209 **1.1.1 Krisenpolitik zerstört Demokratie und Sozialstaat in Europa**

210 *#kasten# „Ich habe ein durchschnittliches Gehalt, etwa 1.000 Euro im Monat. Trotzdem wird die*  
211 *Situation wegen der Sparpolitik immer schlimmer, wir merken das ganz direkt: Die Regierung hat*  
212 *gerade die Sozialversicherungsbeiträge von sieben auf 18 Prozent angehoben. Das Geld fehlt*  
213 *natürlich, zumal alles teurer wird: die Lebensmittel, die Mieten.*  
214 *Erst vor kurzem wurde die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent angehoben. Da bleibt am Monatsende*  
215 *nichts übrig, oft wird es schon in der Mitte des Monats knapp, denn die Lebenshaltungskosten sind*  
216 *hier nicht viel niedriger als beispielsweise in Deutschland. Dabei sind die Löhne in Portugal viel*  
217 *niedriger.“ (Carracedo, Angestellter in Portugal)*

218 In der Krise wurde aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und Europäischer  
219 Zentralbank (EZB) die so genannte Troika gebildet. Sie entscheidet ohne demokratische Legitimation  
220 und vertritt die Interessen von Banken und Konzernen. Die Politik der Troika hat die Krise nicht gelöst.  
221 Im Gegenteil: Viele Länder stehen wirtschaftlich schlechter da, die Lebensbedingungen für Millionen  
222 Menschen sind prekär. Die Politik der Kürzungen (Austerität) diktiert, in die Krise hinein zu sparen.  
223 Das Ergebnis ist verheerend: Die Wirtschaftsleistung sinkt, die Schulden steigen und die  
224 Erwerbslosigkeit – vor allem der Jugend – explodiert. In Griechenland zum Beispiel ist die



225 Wirtschaftsleistung seit 2008 um ein Viertel zurückgegangen. Über 25 Prozent der Griechinnen und  
226 Griechen sind inzwischen erwerbslos – vor der Krise waren es weniger als zehn Prozent. Bei den  
227 Jugendlichen liegt die Erwerbslosigkeit bei über 60 Prozent. Die von der Troika diktierten Kürzungen –  
228 bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen – haben nicht den Staatshaushalt saniert. Über 90 Prozent  
229 der „Hilfsgelder“ flossen in den Finanzsektor.  
230 Der vom Europäischen Rat geplante „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ setzt diese  
231 Politik fort. Er verpflichtet die Mitgliedsstaaten gegenüber der EU-Kommission zu „Strukturreformen“:  
232 Arbeitsmärkte weiter deregulieren, Sozialleistungen kürzen und die öffentliche Daseinsvorsorge  
233 privatisieren. Die Bundeskanzlerin will die Politik von Niedriglohn und Verarmung der Agenda 2010  
234 auf ganz Europa übertragen. Das wird auf längere Sicht auch in Deutschland zu weiteren Kürzungen  
235 bei Löhnen und Sozialleistungen führen.

### 236 **1.1.2 Mit LINKS aus der Krise**

237 DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag die vermeintliche „Euro-Rettung“ und den  
238 Fiskalpakt abgelehnt. Und wir lehnen auch den geplanten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und  
239 Konvergenz“ ab. Stattdessen müssen Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der europäischen Staaten  
240 aufeinander abgestimmt werden, um eine Dumping-Konkurrenz zu unterbinden.  
241 Wir stehen für ein Europa, in dem nicht griechische Krankenschwestern, portugiesische Rentnerinnen  
242 und Rentner, spanische Jugendliche und Beschäftigte in Deutschland für die Krise zahlen. Tatsächlich  
243 sind „Strukturreformen“ notwendig: Statt Löhne, Renten und Sozialleistungen zu kürzen, wollen wir  
244 den extremen Reichtum der Millionärinnen und Millionäre europaweit wesentlich stärker zur  
245 Finanzierung wichtiger sozialer und ökologischer Investitionen oder Infrastrukturprojekte  
246 heranziehen. Ein solches Programm soll europaweit koordiniert werden (*vergleiche Kapitel 1.3.1 Ein*  
247 *Programm für die Zukunft*).

248 Wir wollen ein Europa der solidarischen Nachbarn:

- 249 • in dem die Menschen in der Krise gerettet werden und nicht 90 Prozent der Hilfen an Banken  
250 und in den Finanzsektor fließen;
- 251 • in dem die Staaten von der Allmacht der Banken- und Finanzwelt befreit sind und es der  
252 Politik nicht darum geht, das „Vertrauen“ der Finanzmärkte, sondern das der Bürgerinnen  
253 und Bürger zurückzugewinnen;
- 254 • in dem die Geld- und Kreditschöpfung sowie der Zahlungsverkehr der Banken als  
255 gesellschaftlich zentrale Funktionen unter öffentliche und damit demokratische Kontrolle  
256 gestellt werden;
- 257 • in dem nicht die Bevölkerungen gegeneinander ausgespielt, sondern Reiche und  
258 Vermögende angemessen beteiligt werden, um die Krise zu überwinden.
- 259 • ein Europa, in dem sich die Mitgliedsstaaten der EU nicht gegenseitig mit Lohn- und  
260 Steuerdumping, Sozialabbau und Privatisierungen niederkonkurrieren. Stattdessen werden  
261 gemeinsame Standards in der Sozial- und Steuerpolitik vereinbart.

262 In einem ersten Schritt muss die Kürzungspolitik der Troika gestoppt und sofort ein Kurswechsel in  
263 der Eurokrisenpolitik eingeleitet werden. Die zentralen Punkte dabei sind:

- 264 • Länder, die Mittel erhalten, müssen hohe Vermögen und Spitzeneinkommen  
265 besteuern bzw. mit Abgaben belegen, um die Reichen an der Finanzierung der Krise  
266 angemessen zu beteiligen.
- 267 • Wir wollen Kredite mit einer Sozialstaatsgarantie verbinden: Lohn- und Rentenkürzungen  
268 sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen.

- 269 • Das Bankensystem muss saniert und private Großbanken vergesellschaftet, streng reguliert  
270 und wie die Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet werden (vergleiche „Banken  
271 entmachten – Finanzmärkte regulieren“; Kapitel 1.1.3).
- 272 • Die Ausgaben für Militär und Rüstung müssen jährlich abgebaut werden, um perspektivisch  
273 auf null zu sinken;
- 274 • Steuerdumping für Unternehmen muss unterbunden werden.

275 DIE LINKE hat sich zu Beginn der Krise dafür eingesetzt, dass Verursacher und Profiteure der Krise mit  
276 einem Schuldenschnitt zur Kasse gebeten werden. Die Politik der „Bankenrettung“ hat die privaten  
277 Gläubiger durch öffentliche Mittel abgesichert. Ein Schuldenschnitt könnte jetzt auf Kosten von  
278 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehen. Die Legitimität der Schulden von Staaten bei privaten  
279 Banken muss überprüft und Gegenstand eines demokratischen Prozesses werden. Deshalb fordern  
280 wir einen Schuldenaudit (Überprüfung der Legitimität des Schuldenbestands) und einen  
281 substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schulden, um Banken und andere private Gläubiger an  
282 der Finanzierung zu beteiligen.

- 283 • Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem  
284 die Staaten sich bei der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig finanzieren können und  
285 nicht mehr auf die Finanzmärkte angewiesen sind.
- 286 • Wir wollen dann den Schuldenstand bei überschuldeten Staaten sozial verträglich durch eine  
287 kombinierte Anwendung von Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen senken.
- 288 • Wir wollen die Ungleichgewichte in der Eurozone durch solidarische Regeln vermeiden. Dazu  
289 gehört unter anderem eine effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik, die Lohn-  
290 und Steuerdumping verhindert.

291 Ohne die Banken zu entmachten, die Reichen europaweit an den Kosten der Krise zu beteiligen und  
292 die massiven außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen, wird jeder Versuch, die Krise zu  
293 lösen, scheitern.

### 294 **1.1.3 Banken entmachten - Finanzmärkte regulieren**

295 *„In den Jahren 2008 bis 2011 haben die EU-Staaten ihren Banken Hilfgelder und Garantien in einem  
296 Umfang von 4,5 Billionen Euro bereitgestellt. In der EU stiegen in diesem Zeitraum die Staatsschulden  
297 um 24 Prozent.“ (EU-Kommission 2012)*

298 DIE LINKE lehnt die geplante europäische „Bankenunion“ ab. Die Bankenaufsicht liegt ab  
299 November 2014 in der Verantwortung der Europäischen Zentralbank – ohne demokratische Kontrolle.  
300 Zudem ist sie selbst als Kreditgeber der Banken mit der Aufsicht der Banken in einem permanenten  
301 Interessenskonflikt. Der geplante einheitliche Mechanismus zur Abwicklung von Banken (SRM)  
302 entlässt Eigentümer und Gläubiger der Pleitebanken aus ihrer Verantwortung und sieht keine  
303 präventive Zerschlagung von systemrelevanten Großbanken vor. Der angestrebte europäische  
304 Abwicklungsfonds, der sich aus Abgaben der Banken finanzieren soll, ist viel zu klein, um künftige  
305 Banken Krisen bewältigen zu können. So werden weder künftige Krisen noch Bankenrettungen auf  
306 Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verhindert. Der geplante Rückgriff auf den aus  
307 Steuermitteln gespeisten Europäischen Stabilitäts-Mechanismus ESM verdeutlicht dies. DIE LINKE  
308 steht für eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors. Eigentümer  
309 und Gläubiger müssen für ihr privates Geschäftsrisiko auch haften. „Die Gewinne werden privatisiert,  
310 die Verluste sozialisiert“ – diesem Prinzip der Bankenrettungspolitik stellen wir uns entgegen.

- 311 • Jede Bank in Europa muss auch abgewickelt werden können. DIE LINKE fordert im Pleitefall

312 eine kontrollierte Insolvenz maroder (Groß-)Banken. In diesem Verfahren müssen zunächst  
313 die Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Die  
314 Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer sowie gewerbliche Kredite sind dabei  
315 öffentlich abzusichern.

316 Der Bankensektor in Europa muss grundlegend umgebaut werden: Die Aufgaben und Funktionen  
317 müssen neu gefasst werden. Das Finanzsystem braucht keine Spielbanken. Das Investmentbanking –  
318 bei dem ohne Nutzen für die Realwirtschaft mit vielen Risiken auf den Finanzmärkten spekuliert wird,  
319 um hohe Renditen zu erzielen – ist als Geschäftsfeld abzuwickeln.

- 320 • DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜVs, der die Geschäftspraktiken der  
321 Finanzbranche und sämtliche angebotene Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung  
322 genehmigen muss.
- 323 • Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssen deutlich erhöht  
324 werden.
- 325 • Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-  
326 Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden bzw. die Verbindung zu Schattenbanken im  
327 Ausland gekappt werden.
- 328 • Dagegen sind kommunale und genossenschaftliche Geldinstitute, die vor allem die regionale  
329 Wirtschaft und Infrastruktur fördern, gezielt zu unterstützen.
- 330 • Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer  
331 Kontrolle und Verwaltung überführen.
- 332 • Gegen das Monopol der privaten Rating-Agenturen wollen wir eine  
333 öffentliche europäische Rating-Agentur schaffen. Ratings von souveränen Staaten und  
334 Gebietskörperschaften lehnen wir ab. Ratings privater Agenturen dürfen nicht Gegenstand  
335 von verbindlichen Regeln der EU sein.
- 336 • Die EZB darf nicht nur für Preisstabilität zuständig sein, sondern muss gleichrangig auf die  
337 Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden. Sie muss  
338 durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert werden.

339 Die wirklichen Verursacher und Profiteure der Krise – und der hohen Staatsschulden – müssen zur  
340 Verantwortung gezogen werden:

- 341 • Wir fordern eine Bankenabgabe, um den europäischen Bankensektor gezielt an den  
342 Krisenkosten zu beteiligen.
- 343 • Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische  
344 Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von  
345 Banklizenzen für nichtkooperative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen  
346 Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen.
- 347 • Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten befreit werden. Die EZB  
348 soll die Staaten in der Euro-Zone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Als einen  
349 ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche  
350 Anleihen.
- 351 • Um die Finanzspekulation gegen die gemeinsame Währung zu verhindern, fordern  
352 wir die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen aller Euro-Staaten.

353

#### 354 **1.1.4 Umsteuern: Profiteure der Krise zur Kasse**

355 *Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die gesamte*  
356 *Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die bei 11 Billionen Euro liegt. (Global Wealth Report 2013)*

357 Der private Reichtum in Europa muss gerechter verteilt werden.

- 358 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Europäischen Linken, in allen EU-Staaten eine
- 359 einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit sollen die
- 360 durch Bankenrettung und Finanzkrise entstandenen Staatsschulden zurückgeführt und
- 361 die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden.
- 362 • Die Einführung einer Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent ist überfällig.

363 **Gerechte Steuern in Europa:** Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerpolitik zwischen den Staaten  
364 der EU koordiniert wird. Steuerdumping und Steuerflucht wollen wir so beenden. Die EU-Kommission  
365 geht davon aus, dass den EU-Staaten jährlich bis zu einer Billion Euro durch Steuerflucht und  
366 Steuerhinterziehung verloren gehen. Multinationale Konzerne nutzen (meist legale)  
367 Steuerschlupflöcher, Gewinne werden hin- und herschoben. In der EU herrscht ein  
368 Unterbietungswettbewerb: Luxemburg bietet Steuerbefreiung, Irland wirbt mit Niedrigsätzen.

- 369 • DIE LINKE fordert, einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit
- 370 breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen.
- 371 • Um Steuerflucht wirksam zu bekämpfen, wollen wir in der EU die Steuerpflicht der
- 372 Bürgerinnen und Bürger an die Staatsbürgerschaft binden.
- 373 • Wir wollen Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU austrocknen:
- 374 Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten sind zu kündigen und ggf.
- 375 Steuern direkt an der Quelle zu erheben, um Steuertricks von Konzernen wie die
- 376 konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlusten zu unterbinden. Banken die in
- 377 Steueroasen operieren ist die Lizenz zu entziehen.

### 378 **Für einen gerechten und solidarischen EU-Haushalt**

379 Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-20 ist der erste Kürzungshaushalt in der Geschichte der  
380 Europäischen Union, trotz größer gewordener Union. Damit kann der gewachsenen Armut in der EU  
381 und den Herausforderungen an europäische Politik im Bereich Nachhaltigkeit, Strategien gegen  
382 Klimawandel und Ressourcenknappheit nicht hinreichend entsprochen werden. Der EU werden von  
383 den Mitgliedsstaaten, insbesondere von der Bundesrepublik, trotz wachsender Wirtschaftsleistung  
384 regelmäßig Zahlungen versagt. Haushaltspolitik ist Erpressungspolitik gegenüber dem Parlament  
385 geworden und führt de facto zur Verschuldung der EU für lange Jahre. Wir kritisieren den  
386 geschlossenen Haushaltskompromiss, der ein Defizit zwischen eingestellten Mitteln und real zu  
387 begleichenden Verbindlichkeiten aufweist.

388 DIE LINKE fordert einen Politikwechsel in der EU-Haushaltspolitik! Wir verlangen von der  
389 Bundesregierung, ihre unseriöse Politik im Rat einzustellen und stattdessen dafür zu sorgen, dass die  
390 EU ihre gesetzlich verbrieften Mittel unverzüglich erhält. EU-Haushaltspolitik darf keine  
391 Erpressungspolitik gegenüber Mitgliedsstaaten zur Umsetzung des Fiskalpaktes sein.

- 392 • Statt komplexer Rabattsysteme für reiche EU-Mitgliedstaaten muss die Mittelverteilung nach
- 393 der Notwendigkeit und den realen Erfordernissen der Regionen erfolgen! Nationale
- 394 Egoismen dürfen nicht den Haushalt diktieren. Das bedeutet auch, stärkere Eigeneinnahmen
- 395 der EU zu gewähren.
- 396 • Es darf im EU-Haushalt keine Kürzungen in der Regional- und Strukturpolitik geben. Wir
- 397 setzen uns für eine Evaluation der geflossenen Mittel ein, mit dem Ziel, den Abbau von
- 398 Benachteiligungen in den Regionen zu forcieren. Deutschlands Regionen benötigen auch
- 399 weiterhin wesentliche Strukturhilfen und Mittel der EU.

- 400       • DIE LINKE steht für eine solidarische und berechenbare EU-Haushaltspolitik, die den  
401       Menschen in den Mitgliedsstaaten Haushaltssicherheit zur Förderung der Infrastruktur und  
402       zur Beschäftigungsentwicklung gewährt. Wir verlangen die komplette Umschichtung der  
403       Haushaltsmittel zulasten von Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie. Eine wirksame  
404       Jugendförderung, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aktiv beiträgt, muss  
405       vorrangig sein.
- 406       • Wir brauchen außerdem eine EU-Armutsstrategie, die sich nachhaltig in den Zahlen des  
407       Budgets widerspiegelt. EU-Haushaltspolitik muss Energieeffizienz, eine Energiepolitik, die auf  
408       erneuerbare Energien setzt, massiv fördern. Andere Energiemodelle bedürfen keiner EU-  
409       Förderung. Für die Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik müssen mehr Mittel im EU-  
410       Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

### 411   **1.1.5 Solidarisch Miteinander statt ruinöser Wettbewerb**

412       *Deutschland hat in den Jahren 2000 bis 2010 Exportüberschüsse in Höhe von über 1000 Milliarden*  
413       *angehäuft. Im selben Zeitraum mussten allein Griechenland und Portugal 377 Milliarden an*  
414       *Leistungsbilanzdefiziten finanzieren. (eurostat)*

415   Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht  
416   für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Kürzungspolitik  
417   (Austerität), beendet wird. Die Währungsunion muss neu ausgerichtet werden, damit sie nicht  
418   Spaltungen weiter vertieft, sondern die gravierenden Ungleichheiten überwindet, und eine friedliche  
419   und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert. Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe  
420   von Staaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsmärkten führt dazu, dass  
421   sich die Unterschiede dieser Länder eher verstärken. In der Logik des Wettbewerbs gibt es nur einen  
422   oder wenige Gewinner, und Gewinner gibt es nur, wenn es auch Verlierer gibt.

423   DIE LINKE strebt ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und  
424   gegenüber dem Rest der Welt an, um neue Schulden- und Währungskrisen zu verhindern. Staaten,  
425   die einen großen Überschuss an Exporten haben, müssen diesen zurückfahren. Dies erfordert  
426   die Stärkung der Binnennachfrage durch höhere Löhne, öffentliche Investitionen und den Ausbau des  
427   Sozialstaats. Staaten, die übermäßig auf Importe angewiesen sind, müssen ihre Wirtschaftsleistung  
428   durch Investitionen in den Strukturwandel stärken. Insbesondere chronische Exportüberschüsse  
429   innerhalb der EU müssen sanktioniert werden, um den Strukturwandel in den Krisenstaaten zu  
430   finanzieren und eine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen (Ausgleichsunion). Ein Abbau der  
431   Ungleichgewichte würde sowohl die Situation der Lohnabhängigen in den exportorientierten Ländern  
432   (z.B. Deutschland) als auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenstaaten verbessern.  
433   Eine Lehre aus der aktuellen Krise muss eine Reform der Europäischen Währungsunion (EWU) sein,  
434   in dem außenwirtschaftliche Gleichgewichte zwischen den Mitgliedern der EWU als Ziel verankert  
435   werden und der entsprechende Anpassungsdruck zum Ausgleich auf Defizit- und Überschussländer  
436   gerichtet wird.

- 437       •               Wir wollen einen Ausgleichs-Fonds einrichten. Wenn die genannten  
438       Reformen ausbleiben, werden Kompensationszahlungen fällig. Das gilt auch, wenn Kosten für  
439       Bildung und Ausbildung auf andere Staaten ausgelagert werden, indem qualifiziertes  
440       Fachpersonal aus anderen Ländern abgeworben wird. Aus dem Ausgleichs-Fond werden  
441       dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftlichen Aufbau finanziert.

## 442 **1.2 Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa!**

443 Angela Merkel und die Europäische Kommission wollen die EU zur „wettbewerbsfähigsten  
444 wissensbasierten Ökonomie der Welt“ machen. Doch während die EU-Diplomaten von  
445 Vollbeschäftigung reden, haben sie Niedriglöhne und prekäre Jobs durchgesetzt. Absichtserklärungen  
446 zur „Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ stehen erzwungenen Lohn- und  
447 Rentenkürzungen sowie einer Politik der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und des  
448 Sozialabbaus gegenüber. Der Flickenteppich von ungleichen Lebensverhältnissen in Europa ist  
449 Ergebnis einer jahrzehntelangen neoliberalen Europapolitik – die aufgezwungene Kürzungs- und  
450 Privatisierungspolitik hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter vertieft, die Lohnunterschiede  
451 zwischen Männern und Frauen weiter verstärkt, prekäre Arbeit und Niedriglöhne ausgeweitet.  
452 Gemeinsam mit anderen linken Parteien streiten wir für ein Europa, das nicht  
453 Massenarbeitslosigkeit, eine ‚verlorene Generation‘ der Jugend und massive Armut schafft.

454 Die Antwort der europäischen Linken auf die Krise in Europa muss ein gemeinsamer Widerstand über  
455 Ländergrenzen hinweg sein: für eine Beschäftigungsoffensive und höhere Löhne, bessere  
456 Sozialstandards und Beschäftigtenrechte und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Wir  
457 beschränken uns nicht auf abstrakte Richtlinien und parlamentarische Berichterstattung – wir  
458 kämpfen gemeinsam und an konkreten Projekten mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Bewegungen  
459 und linken Parteien. Vor Ort und europaweit. Gewerkschaften, Sozialverbände und gesellschaftliche  
460 Initiativen, linke Parteien und soziale Bewegungen müssen sich europaweit organisieren.

### 461 **1.2.1 Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs. Arbeitszeit verkürzen.**

462 *#kasten#“Ein soziales Europa wird nicht durch Sozialabbau und Lohndumping erreicht!“*  
463 *(Martin Hellwig, Gemeinschafts-Betriebsrats-Vorsitzender Flughafen Hamburg,*  
464 *zum Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping an Flughäfen)*

465 Immer mehr Menschen haben unsichere Jobs und sind gezwungen, in Leiharbeit, befristeten  
466 Arbeitsverhältnissen oder unfreiwillig in Teilzeit zu arbeiten: In allen Mitgliedsstaaten der  
467 Europäischen Union sind nur noch weniger als die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse unbefristet und  
468 tarifvertraglich bezahlt. Arm trotz Arbeit durch Niedriglöhne, Unsicherheit durch Befristungen,  
469 Praktika und Leiharbeit, Entfremdung von Partnern, Familie und Freunden – das alles ist Resultat  
470 dieser Politik. Frauen, jüngere und ältere Beschäftigte trifft es dabei besonders hart. „Flexicurity“  
471 nennt sich das - ein Kunstwort der Europäischen Politik aus „flexibility“ (Flexibilität) und „security“  
472 (Sicherheit). Es gaukelt vor, dass eine höhere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit mehr sozialer  
473 Sicherheit einhergeht. Doch während der Kündigungsschutz geschleift und prekäre Jobs gezielt  
474 gefördert wurden, bleibt die soziale Sicherheit auf der Strecke. Das Ergebnis: Viel Flexi - wenig  
475 Security!

476 DIE LINKE setzt sich für ein neues Beschäftigungsleitbild für Europa ein: „Gute Arbeit“. Europa  
477 braucht ein Leitbild für unbefristete Beschäftigung, von der armutsfest ein eigenständiges Leben  
478 gestaltet werden kann und die nicht krank macht. Und das gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Kultur,  
479 ehrenamtliches Engagement und Muße ermöglicht.

- 480 • Niedriglöhne bekämpfen: Kurzfristig brauchen wir eine verbindliche europäische  
481 Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns.

- 482 Diese kann gesetzlich oder tarifvertraglich auf nationaler, regionaler oder Branchenebene  
483 gewährleistet werden – muss aber in jedem Mitgliedsland allen Beschäftigten einen  
484 existenzsichernden Lohn garantieren.
- 485 • Arbeitszeitverkürzung: Wir machen uns für die Begrenzung und drastische Verkürzung von  
486 (Höchst-)Arbeitszeiten stark. Die Ausnahmeregelungen und Lücken in der EU-Arbeitszeitrichtlinie  
487 müssen beseitigt werden. Wir wollen eine allgemeine verbindliche Höchstarbeitszeit von zunächst  
488 40 Stunden die Woche festsetzen.
  - 489 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Nötig sind verbindliche Richtlinien bei Leiharbeit, Dienstleistung  
490 und Entsendung. Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und als Lohndrücker oder  
491 Streikbrecher missbraucht werden – wir wollen überall in Europa gute Arbeit und gute Löhne. Wir  
492 setzen uns für ein Verbot der Leiharbeit und für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit  
493 am gleichen Ort für Mann und Frau“ ein.
  - 494 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Im Durchschnitt verdienen Frauen in der EU fast 17  
495 Prozent weniger. Damit muss endlich Schluss sein!
  - 496 • Für eine umfassende „Jugendgarantie“: Die Pläne der EU reichen bei weitem nicht. Um die  
497 Massenerwerbslosigkeit der Jugend in Europa zu bekämpfen, muss ein Recht auf Ausbildung und  
498 Übernahme eingeführt werden. Dafür sind mehr EU-Mittel notwendig als bislang vorgesehen. DIE  
499 LINKE setzt sich für ein Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene Berufsbildung ein.
  - 500 • Kampf der prekären Arbeit: europaweit setzt sich DIE LINKE für eine Umwandlung prekärer  
501 Arbeitsverhältnisse ein. Wir wollen unsichere und befristete Jobs in sozialversicherungspflichtige,  
502 unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln. Sachgrundlose Befristungen wollen wir  
503 ausschließen.
  - 504 • Migrantinnen und Migranten dürfen nicht als kurzfristige Arbeitskräfte ausgebeutet werden – im  
505 Rahmen einer Europäischen Teilhabe-Agenda sollen die Länder der Europäischen Union zur  
506 rechtlichen, politischen und sozialen Gleichstellung aller Migrantinnen und Migranten verpflichtet  
507 werden. Wir sprechen uns gegen Arbeitsverbote für Asylsuchende und für faire  
508 Arbeitsbedingungen für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus aus.
  - 509 • Um stabile Beschäftigung zu sichern, wollen wir grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen  
510 und die Vernetzung von Arbeitsmärkten in den Grenzregionen weiter befördern.
- 511 Die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen müssen ihre Kämpfe in Europa  
512 koordinieren und verstärken. DIE LINKE ist dabei: gegen die Arbeitszeitverlängerung für Fernfahrer  
513 ebenso wie gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes für junge Beschäftigte in Frankreich.
- 514 • Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden. Wir wollen  
515 Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten  
516 grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern. Das Recht auf politischen  
517 Streik muss in ganz Europa gelten – auch in Deutschland.
  - 518 • Die Möglichkeit, durch Verlagerung des Unternehmenssitzes innerhalb der EU das  
519 Mitbestimmungsrecht der Mitgliedsstaaten zu umgehen und so die Wirtschafts- und  
520 Sozialordnungen gegeneinander auszuspielen, muss unterbunden werden.

- 521 • Insbesondere bei Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen müssen die Rechte der  
522 Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden – eine Verlagerungsabgabe soll  
523 verhindern, dass Unternehmen für kurzfristig Rendite verlagert werden; sie sollen an der  
524 Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten von Betriebsschließungen beteiligen.  
525 Massenentlassungen in profitablen Betrieben müssen verboten werden
- 526 • Wir wollen Solidarität und Kooperation der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg darin  
527 stärken. Ein erster Schritt sind die 1000 europäischen Betriebsräte, die grenzüberschreitende  
528 Solidarität, Information und Zusammenarbeit ermöglichen.

529 Die Ausgestaltung einer sozialen und demokratischen Wirtschaftsweise erfordert demokratische  
530 Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte. Wir wollen das Genossenschaftsrecht stärken, regionale  
531 Wirtschaftskreisläufe unterstützen und den Ausbau von Belegschaftseigentum voranbringen.

### 532 **1.2.2 Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: soziale Rechte**

533 *#kasten#„Wir haben uns entschieden, dass wir nicht zulassen werden, dass unsere Familien für die*  
534 *aktuelle ökonomische Krise zahlen. Wir werden nicht auf der Straße schlafen, während es Tausende*  
535 *von leerstehenden Wohnungen gibt. Deshalb haben wir beschlossen, uns in dem Gebäude*  
536 *einzuquartieren, das seit einigen Jahren leer steht, und das vor dem Hintergrund der aktuellen*  
537 *ökonomischen Entwicklung noch lange Zeit leer stehen wird.“*  
538 *(Erklärung von fünf Familien, die im spanischen Sevilla am 30. August 2012 in ein leerstehendes Haus*  
539 *eingezogen sind.)*

540 Durch Sozialabbau und Kürzungspolitik, durch Massenerwerbslosigkeit und Niedriglöhne ist die  
541 Armut in Europa angewachsen. Jede und jeder Vierte ist arm oder armutsgefährdet – besonders  
542 betroffen sind Kinder und ältere Menschen. Anstatt Armut und Ausgrenzung konsequent zu  
543 bekämpfen, fordern die Regierungschefs der EU-Staaten bei Rente und Gesundheitsversorgung  
544 weitere Kostensenkungen und mehr Eigenvorsorge – faktisch heißt das: mehr Zuzahlungen und Zwei-  
545 Klassen-Medizin, geringere Renten und mehr Altersarmut.

546 Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und vor weiteren Privatisierungen schützen – nur  
547 so kann allen Menschen ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Gesundheit, kostengünstiger  
548 Energie und sozialer Sicherheit gewährleistet werden. Wir solidarisieren uns mit Protesten gegen  
549 Zwangsräumungen. Banken werden mit Steuergeld gerettet und Familien mit Kindern auf die Straße  
550 gesetzt, weil sie ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das nehmen wir nicht hin!

551 Die Europäische Union soll Programme zur Verbesserung der sozialen Sicherheit verbindlich  
552 verabreden und überwachen. Die Ausgaben für soziale Sicherung sollen europaweit mindestens  
553 genauso stark wie das Bruttosozialprodukt steigen – so kann Sozialdumping verhindert und eine  
554 Konkurrenz der Mitgliedsstaaten auf dem Rücken von Familien, Beschäftigten und Rentnerinnen und  
555 Rentnern verhindert werden.

556 • Während die Europäische Union nur die Freiheit des Wettbewerbs kontrolliert, wollen wir, dass  
557 die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet  
558 werden.

559 • Deutschland und die Europäischen Union müssen der revidierten Europäische Sozialcharta des



560 Europarats samt seinen Zusatzprotokollen beitreten und das Recht auf eine Wohnung, den  
561 besonderen Schutz älterer Menschen, den Schutz vor Armut und Ausgrenzung umsetzen. Wir  
562 wollen den Gewerkschaften ein Beschwerderecht beim Europarat einräumen, um Verstöße gegen  
563 die sozialen Grundrechte zu ahnden und Klagen zu ermöglichen.

564 Wir wollen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum verbindlichen Kernziel der  
565 Europäischen Union machen. Mit Kinderarmut werden wir uns niemals abfinden!

566 • DIE LINKE unterstützt verbindliche Zielvorgaben für die Bekämpfung von Armut – so brauchen wir  
567 eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der  
568 Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren  
569 Einkommens vor Ort (für Experten: „des mittleren nationalen Nettoäquivalenzeinkommens“)   
570 gewährleisten sollen.

571 • Alle Bürgerinnen und Bürger Europas sollen unabhängig von der Erwerbsbiografie, Herkunft oder  
572 Nationalität Anspruch auf soziale Mindestsicherung an ihrem Wohnort haben. In Deutschland sind  
573 das derzeit 1050 Euro. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau werden Warenkörbe zu  
574 Überprüfung der ausreichenden Höhe ergänzend herangezogen.

575 • Initiativen zur Erhöhung der Renteneintrittsalter erteilen wir eine klare Absage: Wir sagen Nein  
576 zur Rente erst ab 67 in Deutschland und Nein zu einer europaweiten Kopplung des  
577 Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.

578 • Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer weiteren Privatisierung der Altersvorsorge sind  
579 der falsche Weg. Das nützt vor allem der Versicherungsindustrie und pumpt Kapital auf die  
580 Finanzmärkte, das nach kurzfristiger Rendite sucht. So werden Spekulationsblasen vorbereitet  
581 und die Renten sind nicht sicher. Wir wollen stattdessen das Umlageverfahren in der  
582 Rentenversicherung stärken und Altersarmut europaweit bekämpfen.

583 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf  
584 eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu  
585 entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir  
586 weiterführen und unterstützen entsprechende Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge auf  
587 europäischer Ebene.

588 Alle Mitgliedsländer sollen grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung,  
589 Energie u.a. allgemein und verpflichtend zur Verfügung stellen und für alle Menschen unabhängig  
590 vom Geldbeutel zugänglich zu machen.

591 • DIE LINKE engagiert sich für europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte  
592 Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie  
593 sicherstellen. Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme,  
594 Wasser und Energie geben.

595 • Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – wie das Gesundheits- und Bildungssystem  
596 sowie weitere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie ÖPNV und Energie – lehnen wir  
597 ab. DIE LINKE hat die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Wassers  
598 unterstützt. Für uns ist die Rekommunalisierung ein wichtiger politischer Schwerpunkt.

599 • Wir wenden uns gegen eine europäische Zwei-Klassen-Medizin.

- 600 • Zwangsräumungen müssen europaweit verhindert werden.

601 Alle Programme und Aktivitäten der Europäischen Union – von der Neugestaltung des Urheberrechts  
602 über die Förderpolitik bis hin zum Datenschutz – müssen auf soziale Standards und gute  
603 Arbeitsbedingungen orientiert werden.

- 604 • DIE LINKE unterstützt die Jugendfreiwilligendienste, auch um jungen Menschen Erfahrungen im  
605 Ausland zu ermöglichen. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement darf aber nicht als  
606 Lückenbüßer für Sozialabbau und zum Ausbau des Niedriglohnssektors missbraucht werden.
- 607 • Wir bekämpfen alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Glaubens, von  
608 Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, ethnischen Minderheiten und von  
609 Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung im öffentlichen Dienst, in der Privatwirtschaft,  
610 im Bildungsbereich, im sozialen und kulturellen Leben. Verstöße gegen die Anti-Diskriminierungs-  
611 Richtlinie der EU müssen konsequent geahndet werden.

612 Die UN-Behindertenrechtskonvention muss in allen Mitgliedsländern ratifiziert und wirksam  
613 umgesetzt werden. Die Teilhabe älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen muss  
614 durch Barrierefreiheit, eine Seniorenpolitik im Sinne der Menschen und eine europaweite  
615 Antidiskriminierungspolitik gesichert werden.

### 616 **1.3 Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten**

#### 617 **1.3.1 Ein Programm für die Zukunft**

618 DIE LINKE kämpft gegen eine EU, die auf den Kapitalismus als „letztes Wort der Geschichte“ fixiert ist  
619 und sich an eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren Verträgen kettet.

620 Die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union hat die Entscheidungen über Investitionen dem  
621 Markt überlassen. Ungesteuert sind sie vor allem in Anlagen mit kurzfristigen Profitversprechen  
622 gegangen. Das hat dazu geführt, dass einige Regionen kaum noch eigene Industrie haben und auf  
623 Importe zurückgeworfen sind. Die Maßnahmen zur Verbesserung der „Wettbewerbsfähigkeit“, die der  
624 Europäische Rat vorsieht, sehen keinen neuen Weg vor, sondern vertiefen die Probleme. Wir wollen  
625 ein integriertes Konzept demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa.  
626 In einigen Regionen auch im Osten Deutschlands, sind die positiven Ergebnisse der Regionalförderung  
627 durchaus deutlich.

628 DIE LINKE strebt ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm an, das Investitionen am  
629 gesellschaftlichen Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche  
630 Investitionen gefördert werden. Statt nationalen Standortwettbewerben brauchen wir eine aktive,  
631 staatliche Politik zur Schaffung von Produktionsschwerpunkten. Das Investitions- und  
632 Zukunftsprogramm, wie ihn auch der Europäische Gewerkschaftsbund vorschlägt, muss das  
633 Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen und die Daseinsvorsorge im  
634 Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir  
635 auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

636 Das Investitionsprogramm soll:

- 637 • die Infrastruktur durch öffentliche Investitionen verbessern;  
638 • sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Klimaschutz voranbringen;  
639 • das Bildungssystem verbessern, vom Vorschulbereich bis zu den Hochschulen;

- 640 • Wohnmöglichkeiten für junge Menschen verbessern und bezahlbar machen;
  - 641 • bessere Chancen für junge Menschen am Arbeitsmarkt schaffen;
  - 642 • die Lebenschancen von Menschen unabhängig vom sozioökonomischen
  - 643 Hintergrund verbessern und Menschen mit Migrationshintergrund eine bessere
  - 644 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen;
  - 645 • Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung vermindern.
  - 646 Damit wird auch der soziale Zusammenhalt gestärkt.
- 647 Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-  
648 Equity-Fonds, die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können.
- 649 • Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale,
  - 650 solidarische und ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale
  - 651 Dienstleistungen fördern.

652 Der Fonds muss wie die Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen  
653 Parlamente, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In  
654 unserem Konzept einer aktiven Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir  
655 verbinden sie mit einer Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft voran bringt.

- 656 • Die Finanzierung des Zukunftsprogramms soll ermöglicht werden aus bereits
- 657 bestehenden Förderprogrammen und einer höheren Besteuerung von Vermögen und
- 658 Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

659 DIE LINKE lehnt das geplante Abkommen zwischen EU und USA [TTIP] ab. Das TTIP nutzt den großen  
660 Banken und Konzernen nicht der europäischen Binnenwirtschaft. Konzernen wird ein Klagerecht  
661 gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt  
662 (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Darüber hinaus drohen die weitere Deregulierung des  
663 Finanzsektors, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Stärkung von Monopolisten  
664 im Bereich des geistigen Eigentums. Das TTIP wird den europäischen Markt mit Biokraftstoffen,  
665 Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die  
666 unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die laxen EURO-Norm für Auto-Emissionen  
667 sind gefährdet. Der Schutz und die Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden  
668 gefährdet. DIE LINKE fordert die Streichung der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen  
669 Handelsabkommen. Deshalb werden wir Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –  
670 organisieren und unterstützen, um die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zu stoppen.

### 671 **Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik**

672 Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und  
673 zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen - dies ist unser Grundansatz für die Regional-  
674 und Strukturpolitik der EU. In der Vergangenheit hat diese Politik einen maßgeblichen Beitrag zur  
675 Reduzierung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten und Regionen der  
676 Europäischen Union geleistet. Mit der 2014 beginnenden siebenjährigen EU-Förderperiode soll die  
677 Vergabe dieser Fördermittel nun aber mit den bekannten neoliberalen Politikinstrumenten der EU  
678 vermischt werden. Die Kohäsionspolitik wird der EU-Strategie „Europa 2020“ untergeordnet. Die  
679 Strukturfonds werden als Erpressungs- und Bedrohungsinstrument missbraucht, um Märkte zu  
680 öffnen oder Sozialausgaben zu kürzen. Hinzu kommt, dass ausgerechnet in der Zeit von Krisen und  
681 zusammenbrechenden Sozialstaaten die Mittel der Kohäsionspolitik gekürzt, Fördermittel zugunsten

682 der reicheren Mitgliedstaaten umverteilt werden und der Fokus künftig weniger stark bei den armen  
683 Ländern liegen soll.

684 DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren in großer Übereinstimmung mit zivilgesellschaftlichen,  
685 staatlichen und kommunalen Akteuren gegen diese Neuausrichtung gewehrt. Dabei wurde manches  
686 erreicht, die Grundrichtung konnte aber nicht verändert werden. Der Kampf für eine solidarische  
687 Regional- und Strukturpolitik der EU muss also weitergehen. Grundprämissen sind für uns weiterhin:

- 688 • Die Bindung der Vergabe von EU-Fördermitteln an die Erfüllung der  
689 europäischen Verschuldungskriterien muss fallen. Dass die Mitgliedstaaten und Regionen  
690 erst strukturelle oder institutionelle Reformen umsetzen müssen, ehe sie Fördermittel aus  
691 Brüssel bekommen, bringt nicht nur große Unsicherheit für die Träger von geförderten  
692 Maßnahmen; sie nimmt die Regionen und Kommunen für die Politik des eigenen Staates in  
693 Haftung, ohne dass diese in der Lage sind, diese Politik zu beeinflussen.
- 694 • Die thematische Ausrichtung der Regional- und Strukturpolitik muss  
695 weiterhin vorrangig auf der regionalen Ebene erfolgen. Hier können am besten vorhandene  
696 Entwicklungspotenziale erschlossen und lokale und regionale Akteure aktiviert werden. Die  
697 demokratische Mitwirkung kann gestärkt werden, indem Vertreter der Zivilgesellschaft sowie  
698 regionale und lokale Akteure noch stärker in alle Phasen der Planung und Umsetzung der  
699 Programme einbezogen werden.
- 700 • Der große Vorzug bisheriger Kohäsionspolitik, nämlich integrierte  
701 Problemlösungen für regionale und kommunale Probleme zu finden, muss gestärkt werden:  
702 Lösungen für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung, für den Umbau  
703 von Wirtschaftsstrukturen, gegen die Entvölkerung ganzer Regionen, für die Probleme  
704 städtischer Ballungsräume oder die Unterstützung des notwendigen Zusammenwachsens  
705 von Regionen an der ehemaligen EU-Außengrenze.
- 706 • Die EU muss mehr tun, um vor allem die Krisenstaaten, aber auch  
707 verschiedene neue Mitgliedsstaaten beim Umbau von innerstaatlichen Strukturen zu  
708 unterstützen - es geht darum, die Voraussetzungen zu schaffen, um Mittel für die  
709 Entwicklung des Landes und Regionen abrufen und erfolgreich einsetzen zu können.  
710 Twinning-Projekte, mit denen „alte Hasen“, etwa aus Deutschland, denen helfen, die Hilfe  
711 brauchen, können zudem bilaterale Kooperationen anbahnen und den notwendigen  
712 Gesprächsfaden in Richtung Brüssel aufbauen helfen.

713 Und schließlich bleibt unsere Forderung: Gerade in Zeiten der Krise müssen die Mittel der Regional-  
714 und Strukturpolitik aufgestockt werden. DIE LINKE hat Vorschläge zur Finanzierung einer quantitativ  
715 und qualitativ erweiterten Kohäsionspolitik, die wir weiter öffentlich vertreten werden.

#### 716 **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

717 Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte der  
718 Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa stärken, indem klare gesetzliche Vorgaben und  
719 Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchgesetzt  
720 werden: sichere Lebensmittel, Telekommunikation und Internet, Finanzdienstleistungen, bezahlbare  
721 Wohnungen, die Versorgung mit Wasser und Energie bis zu einem kundenfreundlichen öffentlichen  
722 Nah- und Fernverkehr.

- 723 • Nährwerte sollen auf Lebensmitteln klar gekennzeichnet werden (Ampel).
- 724 • Wir wollen einen „Reisepass“ für Lebensmittel – einen Nachweis der Produktions- und  
725 Transportwege. Die Herkunft von allen Zutaten muss ausgewiesen werden.
- 726 • Eine regionale Vermarktung von Lebensmitteln, die die Herkunft der Lebensmittel

- 727 transparent macht und unnötige Transportwege spart, soll aus besonderen EU-  
728 Förderprogrammen unterstützt werden.
- 729 • Gentechnisch veränderter Produkte sollen lückenlos gekennzeichnet und schließlich verboten  
730 werden.

### 731 **1.3.2 Ändern, was wir wie produzieren: Konversion und sozial-ökologischer Umbau**

732 Die Wirtschaft in der Europäischen Union setzt nach wie vor im Wesentlichen auf Wachstum und den  
733 Verbrauch fossiler Brennstoffe. Die Orientierung auf globale Wettbewerbsfähigkeit führt zu einem  
734 Dumping bei Sozial- und Umweltstandards in weltweitem Maßstab und steht damit sogar im  
735 Widerspruch zu den Bemühungen der EU-Umweltpolitik. Die Kluft zwischen dem globalen Süden und  
736 dem globalen Norden wächst. Soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und ein gutes Leben  
737 sind miteinander verbunden. Ein ökologischer Umbau der Produktion und alternative Konsumtion  
738 werden sich nur dann in der Gesellschaft durchsetzen, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer  
739 Gleichheit führen.

740 Dafür muss die Wirtschaft demokratisch gestaltet werden: Im Betrieb durch mehr direkte  
741 Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch eine Politik der stärkeren sozialen,  
742 finanziellen und ökologischen Regulierung. Nur unter den richtigen Rahmenbedingungen können sich  
743 gute Arbeit, soziale und ökologische Ideen in den Betrieben durchsetzen. Wir wollen Weichen für die  
744 Zukunft stellen: was wir wie produzieren, muss demokratisch ausgehandelt werden und tragfähig für  
745 Natur und Menschen sein. Wir müssen die Energieversorgung umbauen und umweltverträgliche, für  
746 alle zugängliche Formen von Mobilität entwickeln. Wir wollen Alternativen zur Rüstungsproduktion  
747 und zu Produktionszweigen, die die natürlichen Lebensgrundlagen schädigen, schaffen. Dabei sollen  
748 auch die Arbeitsplätze umgewandelt und gesichert werden.

749 Bestandteile einer solchen sozial gerechten, ökologischen Umgestaltung sind:

#### 750 **1. Eine sozial gestaltete Energiewende**

751 Der beste Weg, Umweltschäden durch die Energieerzeugung zu vermeiden, ist Energie zu sparen.  
752 Deswegen setzen wir uns dafür ein, energieeffiziente Technologien zu fördern. Die  
753 Energieeffizienzrichtlinie und ihre ordnungspolitischen Vorgaben für die Wirtschaft zum Einsparen  
754 von Energie müssen verschärft werden.

755 Wir wollen eine europaweite Energiewende, die auf nachhaltige Energiequellen setzt und  
756 Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sieht – und deshalb öffentlich organisiert  
757 ist. Die herrschende EU-Wettbewerbspolitik will alle öffentlichen Dienstleistungen, auch die  
758 Versorgung mit Energie, den europäischen Binnenmarktregeln unterwerfen. Europas Konzerne sollen  
759 mit Dienstleistungen im öffentlichen Sektor (z.B. Energie, Wasser, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr)  
760 Profite machen können.

- 761 • DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische  
762 Vertragsgemeinschaft EURATOM muss gekündigt und aufgelöst werden.
- 763 • Erneuerbare Energien sollen im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach  
764 nationalen Vorgaben, wie etwa dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, gefördert, die Nutzung  
765 fossiler Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden. Der Anteil an erneuerbaren  
766 Energien am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 25 Prozent betragen. Die Produktion von  
767 erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss Nachhaltigkeitskriterien genügen.  
768 Für Letztere dürfen die Zielsetzungen nur so hoch sein, wie innereuropäische Flächen dafür

769 zur Verfügung stehen ohne Nahrungsmittelversorgung und Biodiversität zu gefährden.  
770 Importe von Agrokraft- und –treibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.  
771 • Wir sind gegen die unterirdische und unterseeische Speicherung von als Abgas anfallendem  
772 Kohlendioxid (CCS). Ebenso lehnen wir die durch Verpressung von Flüssigkeiten unterstützte  
773 Förderung von Erdöl und Erdgas (Fracking) ab.

774 Die vorübergehenden Mehrkosten der Energiewende dürfen nicht einseitig auf den Schultern von  
775 privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern abgeladen werden. Energie darf nicht zum Luxusgut für  
776 einkommensschwache Haushalte werden. Die Versorgung mit Energie muss für jede und jeden  
777 gesichert sein. Privilegien für Industriebetriebe bei der Übernahme der Energiewendekosten müssen  
778 deutlich reduziert werden.

779 Daher wollen wir die Privatisierung der Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge  
780 stoppen und rückgängig machen. Wir wollen eine verbrauchernahe, dezentrale Energieerzeugung  
781 fördern und die Macht der großen Stromversorger beschneiden. Dazu müssen europäische, Bundes-  
782 und Landesebene zusammenwirken, damit Vorschläge wie die Thüringische Energierevolution  
783 Wirklichkeit werden. Regionale Energiepolitik, wie sie DIE LINKE in Thüringen entwickelt hat,  
784 überwindet die angeblichen Gegensätze des Sozialen und des Ökologischen, von Effizienz und  
785 Demokratie, von modernster Technik und Bürgerbeteiligung.

## 786 **2. Eine wirksame Klimaschutzpolitik**

787 DIE LINKE setzt sich für drei verbindliche, aufeinander abgestimmte Ziele der Energie- und  
788 Klimaschutzpolitik ein:

- 789 • Minderung des Ausstoßes an Klimagasen in der EU gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020,  
790 am 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts
- 791 • Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf ein Viertel bis  
792 2020, 45 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts
- 793 • Reduzierung des Primärenergieverbrauches gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis  
794 2020, um 40 Prozent bis 2030 und 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts

795 Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. An seine Stelle müssen  
796 ordnungsrechtliche Eingriffe in die Energiewirtschaft treten, wie etwa nationale  
797 Kohleausstiegsgesetze, die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben. In der bereits  
798 laufenden Emissionshandelsperiode (2013 bis 2020) sollen zudem zwei Milliarden Tonnen  
799 Emissionsrechte endgültig stillgelegt und die hohen Mitnahmeprofite durch die freie Zuteilung von  
800 Emissionszertifikaten für energieintensive Industrien beendet werden. Unternehmen müssen  
801 verpflichtet werden, Emissionen von Klimagasen dort zu reduzieren, wo sie entstehen. Die  
802 Anrechnung von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt ist auszuschließen. Der  
803 Minderungspfad im Emissionshandel ist an die neuen Klimaschutzziele anzupassen.

## 804 **3. Eine Verkehrspolitik, die Mobilität fördert und Verkehr vermeidet**

805 Teil der Lissabon-Strategie ist der Ausbau von bestimmten Infrastruktur: Schnellbahnnetz, billige  
806 Flugverbindungen. Wir brauchen dringend andere verkehrspolitische Maßstäbe: Nachhaltigkeit,  
807 verbesserte soziale Standards, eine Transportlogistik, die sich am Bedarf orientiert – und kurze Wege.

808 Dezentrale Produktion vermindert Transportwege. Ein zuverlässiger öffentlicher Personenverkehr  
809 verringert den Individualverkehr. Schienenverkehr muss den Vorrang vor Straßenverkehr haben.

- 810 • DIE LINKE fordert eine Verschärfung der CO2-Grenzwerte für Personen- und Nutzfahrzeuge  
811 sowie ein Importverbot für Agrosprit.  
812 • Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe auf fossile  
813 Kraftstoffe ein.

814 Wir wollen, dass in europäischen Kommunen Modelle entwickelt werden, in denen kostenfreier  
815 öffentlicher Nahverkehr mit autofreien Zonen verbunden wird.

#### 816 **4. Eine verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaftspolitik**

817 Wie kaum ein anderer Bereich ist die Landwirtschaft beeinflusst durch die politischen  
818 Rahmenbedingungen der europäischen Agrarpolitik. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird immer  
819 stärker liberalisiert und „zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ globalen Agrarmärkten  
820 ausgeliefert. Industrielle Formen der Agrarerzeugung nehmen zu und erzeugen einen enormen Druck  
821 auf die herkömmlichen Strukturen der Landwirtschaft. Der so genannte Strukturwandel vermindert  
822 die Zahl der Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Die biologische Vielfalt und nachhaltige  
823 Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt  
824 der Lebensfähigkeit ländlich geprägter Regionen wird so bedroht.

825 DIE LINKE will die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), von der maßgeblich die Ernährungsbedingungen  
826 für die 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU bestimmt werden, unter Berücksichtigung der  
827 weltweiten Probleme Armut, Hunger, Ressourcenknappheit und Klimawandel zu einer aktiven  
828 zukunftsorientierten Politik weiterentwickeln. Sie muss zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und  
829 ökologischen Probleme und verbesserter Teilhabe der Menschen innerhalb und außerhalb der EU  
830 beitragen.

- 831 • DIE LINKE will die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturfonds zu Politikinstrumenten so  
832 umbauen, dass soziale und ökologische Standards in der ganzen EU umgesetzt werden.  
833 • Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auf eine deutliche Erhöhung des Anteils regional  
834 erzeugter und verbrauchter Produkte gerichtet ist.  
835 • Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen  
836 wir ab. Wir fordern, dass das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes  
837 wiederhergestellt wird. Die Macht transnationaler Konzerne wie Monsanto muss gebrochen  
838 werden.  
839 • Wir wollen faire internationale Handelsbeziehungen für nachhaltig produzierte  
840 Agrarprodukte und Rohstoffe.  
841 • Der Verkauf bzw. die Überlassung großer Landflächen an wenige Konzerne zerstört die  
842 Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger, Vertreibung und  
843 Flucht. DIE LINKE fordert, dass Landgrabbing weltweit verboten und geächtet wird!  
844 • Futtermittelimporte in die EU sollen reduziert werden. Regionale Kreisläufe in der  
845 Landwirtschaft wollen wir fördern.  
846 • Wir setzen uns für eine europäische Waldkonvention und für eine stärkere Bekämpfung des  
847 illegalen Holzhandels ein.

848 Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten, Sozialversicherungspflicht für Angestellte, mitarbeitende  
849 Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei  
850 Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen zur Zahlung von Prämien aus dem Agraretat der  
851 EU werden.

## 852 **5. Eine schonende Fischereipolitik und einen nachhaltigen Schutz der Meere**

853 Die Probleme der Fischerei sind ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Die Gemeinsame  
854 Fischereipolitik muss so ausgerichtet werden, dass nicht mehr Fisch gefangen wird als nachwachsen  
855 kann.

- 856 • Wir streiten für die Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung  
857 oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind.
- 858 • Die Belastung der Meere durch Stoffe aus der Landwirtschaft und der Industrie muss  
859 drastisch gemindert werden.
- 860 • Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich DIE LINKE ein für das Verbot der  
861 Grundschieppnetzfischerei, die Minderung des Beifangs und ein Rückwurf-Verbot.
- 862 • Fischereisubventionen müssen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden  
863 gekoppelt werden. Die EU-Fischfangflotte muss verkleinert werden. Die notwendigen  
864 Fangreduzierungen darf nicht auf Kosten der in der Fischerei Beschäftigten gehen.
- 865 • Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge müssen verschärft werden.

## 866 **6. Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen**

867 Wir wollen die natürliche Vielfalt der Tierarten schützen, auch die die Vielfalt an Kulturpflanzen und  
868 Nutztierassen wollen wir erhalten. Das Schutzgebietsnetz »Natura 2000« muss auf dem Land und  
869 im Meer ausgeweitet werden.

- 870 • Wir setzen uns für den Erlass einer EU-Bodenschutz-Verordnung ein, um so die natürlichen  
871 Lebensgrundlagen zu schützen.
- 872 • Wir streiten für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das  
873 Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige  
874 Flüsse und gesundes Grundwasser. Schad- und Nährstoffeinträge müssen minimiert werden.

## 875 **7. Für einen wirksamen Tierschutz**

876 Die Initiativen zum Tierschutz in der EU reichen nicht aus: noch immer gibt es Tierversuche (10,7  
877 Mill. auf EU-Ebene, 2,1 Mill. in Deutschland), nicht artgerechte Tierhaltung. Importe von  
878 Produkten aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren dauern  
879 an. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen: Hühner in Käfigbatterien sind billiger  
880 als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete Tiere und  
881 Meeressäuger in Delfinarien versprechen kräftige Gewinne für die Betreiber. Die tatsächlichen  
882 Schäden an Natur und Umwelt sind in keiner Rechnung aufgelistet.

- 883 • DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein.
- 884 • Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen alternative  
885 erforscht werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und  
886 Transportbedingungen für Nutztiere und dass regionale Vermarktungskreisläufe gestärkt  
887 werden. Die industrielle Tierhaltung muss schrittweise durch umwelt- und  
888 ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden.
- 889 • DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmitteln ein.
- 890 • Tierschutzverbände sollen in der EU ein Verbandsklagerecht erhalten.



## 891 **2. Demokratisches Europa**

### 892 **2.1. Soziale und politische Rechte verteidigen**

893 *#kasten#Jean-Claude Juncker, ehemaliger Vorsitzender der Euro-Gruppe: „Wir beschließen etwas,*  
894 *stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes*  
895 *Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde,*  
896 *dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“#*

897 Würde die Europäische Union um die Aufnahme in die Europäische Union ersuchen, würde sie  
898 abgelehnt, weil sie nicht die nötigen Demokratiestandards vorweist. Diese ohnehin niedrigen  
899 Standards werden in der Wirtschaftskrise immer weiter ausgehöhlt. Die Troika setzt die  
900 Kürzungspolitik auch gegen Widerstände von gewählten Vertreterinnen und Vertreter durch, ohne  
901 ein demokratisches Mandat zu haben. Die einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union,  
902 das Europäische Parlament, hat dagegen keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen. Die  
903 Kürzungsprogramme höhlen demokratische Institutionen wie Wahlen, Parlamente, das nationale  
904 Haushaltsrecht und Regierungen aus.

905 Die Bundesregierung plant, die bestehenden demokratischen Kontrollmöglichkeiten einzuschränken.  
906 Sie will der Europäischen Kommission haushaltspolitische Interventionsrechte gegenüber allen Euro-  
907 Staaten gewähren, der EU-Währungskommissar soll mit mehr Kompetenzen zur Umsetzung des  
908 Fiskalpaktes ausgestattet werden. Zusammen mit anderen Mitgliedstaaten will sie - weitgehend  
909 unkontrolliert von nationalen Parlamenten und Europaparlament - die eigene Macht und die der von  
910 ihr vertretenen wirtschaftlichen Lobbygruppen ausbauen.

911 Wir wollen die Europäische Union demokratisieren. Wir wollen eine Europäische Union mit einem  
912 starken Europäischen Parlament und mit mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und  
913 Bürger. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, das

- 914 • endlich gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheidet;
- 915 • ein eigenständiges Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben erhält;
- 916 • generell erweiterte Rechte bekommt. Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der  
917 Europäischen Union überführt wird, muss das Parlament ein Mitentscheidungsrecht  
918 erhalten. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche ist dies nachzuholen;
- 919 • die Europäische Kommission und deren Präsidenten wählt.

920 Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten  
921 Entscheidungsprozessen. Die Verteilung der Kompetenzen ist so zu regeln, dass die dezentralen  
922 Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union  
923 zugleich gestärkt werden. Dabei sind Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen  
924 und regionalen Parlamente eindeutig zu klären.

925 Demokratie bedeutet aber zugleich mehr, als alle vier oder fünf Jahre Wahlen abzuhalten.

926 Demokratie bedeutet, dass alle Menschen in der Europäischen Union an den Entscheidungen auf EU-  
927 Ebene beteiligt werden, die für sie bindend sind. Das bedeutet in erster Linie, endlich Formen der  
928 direkten Demokratie auf EU-Ebene zu etablieren, die bürgerfreundlich und wirksam zugleich sind:

929 Wir wollen, dass

- 930 • Bürgerinnen und Bürger in der EU das Recht erhalten, über Volksentscheide konkrete  
931 EU-Politik mitzugestalten;

- 932 • die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU mittels Volksentscheid am gleichen  
933 Tag über die Änderung der EU-Verträge entscheiden können.
- 934 • die Bestimmungen zum Wahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für  
935 alle gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben.

## 936 **2.2 Die Lobby von Unternehmen, Banken und Vermögenden zurückdrängen**

937 Auf einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete des Europäischen Parlaments kommen über 20  
938 Lobbyisten, die im Regelfall die Interessen der großen Konzerne und Unternehmensverbände  
939 vertreten. Gerade einmal ein Fünftel setzt sich für breite gesellschaftliche Interessen wie Menschen-  
940 und Arbeitsrechte, Umwelt-, Klima-, und Verbraucherschutz, für die Interessen alleinerziehender  
941 Mütter, Minderheiten oder chronisch Kranker ein – und sie verfügen über sehr viel  
942 geringere Ressourcen als die Wirtschaftslobbyisten.

943 Die weltweite Deregulierung der Finanzmärkte wurde von mächtigen Lobbyisten vorangetrieben und  
944 bedroht zunehmend die Demokratie. Die herrschende politische Klasse hat auf weite Teile ihres  
945 Handlungsspielraums verzichtet und ihre Kompetenzen an Lobbygruppen abgegeben. Der wichtigste  
946 Dauerberater der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise war Goldman Sachs. Ihr Vertreter traf  
947 sich seit Beginn der Finanzkrise 48 Mal mit Vertretern der Bundesregierung. Vorsitzender dieser US-  
948 Investmentbank ist der ehemalige EU-Kommissar Peter Sutherland. Von Goldman Sachs wechselte  
949 Mario Draghi umgekehrt zur Europäischen Zentralbank EZB und wurde deren Präsident. Der  
950 gegenseitige Wechsel von Bankern in die Politik ist ein Ausdruck davon, dass die Interessen der  
951 Banken zunehmend Einfluss auf die Politik haben. Gerade die Bundesregierung verhindert aber  
952 wirksame Schritte gegen den Lobbyismus.

- 953 • Wir fordern die Ratifizierung der internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung  
954 des Lobbyismus.
- 955 • DIE LINKE fordert eine strikte Wartezeit von fünf Jahren für Mitglieder der  
956 Europäischen Kommissionen (EU-Kommissare), Bundesministerinnen und  
957 Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, sowie  
958 entsprechende hohe Beamtinnen und Beamte, die nach ihrem Ausscheiden aus dem  
959 Amt in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor  
960 politisch befasst waren. Eine solche Wartezeit muss auch für Vertreter der Wirtschaft  
961 gelten, die in den Institutionen beschäftigt werden sollen.
- 962 • Es muss offengelegt werden, wo Lobbyisten in den Expertengruppen sitzen. Ihr  
963 Einfluss auf die Europäische Kommission muss zurückgedrängt werden.
- 964 • Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen.  
965 Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie zum Beispiel  
966 Unternehmensstände auf Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von  
967 Privatpersonen auf 25.000 Euro begrenzen.
- 968 • Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten  
969 für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten aus der Wirtschaft in der Europäischen  
970 Kommission und von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

## 971 **2.3 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für Jede und Jeden**

972 Wir wollen, dass Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Bekämpfung von  
973 Kriminalität nicht zu Lasten der Grund- und Menschenrechte geht. Die EU muss sich zum Prinzip der

974 Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär bekennen. Das  
975 Grundrecht auf Asyl muss garantiert werden.  
976 Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen,  
977 kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten, also  
978 auch für alle Menschen in Europa.

- 979 • Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das  
980 Recht auf Anwalt und Übersetzer gesichert werden.
- 981 • Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.
- 982 • Wir erkennen die Vielfaltigkeit von Familienformen und Lebensweisen an; sie sollen  
983 in jedem Land der Europäischen Union mit den gleichen Rechten geschützt werden.

#### 984 **2.4 Geheimdienste auflösen und Datenschutz garantieren**

985 Geheimdienste stärken die Demokratie nicht, sondern gefährden sie: das beweisen erneut die  
986 Abhörskandale. Wir wollen Geheimdienste abschaffen, die Einschränkung der Bürgerrechte im  
987 Namen des sogenannten Anti-Terror-Krieges zurücknehmen und damit die Demokratie schützen.  
988 Wir wollen, dass sich die deutsche und europäische Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik an anderen  
989 Maßgaben orientiert: Ziel muss die persönliche und individuelle Entfaltung der Bürgerinnen und  
990 Bürger sein. Die Bürgerrechte dürfen nicht weiter ausgehöhlt werden.

- 991 • Wir fordern ein Kooperationsverbot von Geheimdiensten und Polizei auf  
992 europäischer und nationaler Ebene; geheime Verträge und Zusatzartikel müssen  
993 offen gelegt werden.
- 994 • Die deutschen und europäischen Datenschutzbeauftragten müssen als unabhängige  
995 Kontrollinstanz gestärkt werden.
- 996 • Whistleblower müssen gesetzlich und vor Auslieferung geschützt werden.
- 997 • Die Sammlung und Speicherung von Daten muss beschränkt werden! Europol  
998 sammelt nicht nur kriminaltechnisch notwendige Daten von Verurteilten und  
999 Verdächtigen, sondern auch Informationen zu Kontakt- und Begleitpersonen,  
1000 Lebensweisen und Gewohnheiten, „rassische“ oder ethnische Herkunft, politische  
1001 Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die  
1002 Gewerkschaftszugehörigkeit, die nicht erhoben werden dürfen.
- 1003 • Abhörmaßnahmen, seien sie von privaten Unternehmen, staatlichen Vertretungen  
1004 Konsulate, Botschaften oder militärischen Einrichtungen unternommen worden,  
1005 müssen beendet und entsprechende Horchposten in Europa geschlossen werden. Wir  
1006 machen uns für die Abschaffung von Geheimdiensten stark.
- 1007 • Die geplante Datenschutz-Grundverordnung der EU muss gegen alle Einflussnahme  
1008 privater und öffentlicher Lobbyisten den Datenschutz stärken.

1009 Der so genannte „Krieg gegen den Terror“ hat die Türen für eine globale Überwachung geöffnet. Als  
1010 Sofortprogramm fordert DIE LINKE ein Moratorium und die unabhängige Evaluation aller seit 2001  
1011 verabschiedeten Sicherheitsgesetze bzw. laufender Verhandlungen dazu. Das betrifft besonders die  
1012 Abkommen der EU mit den USA:

- 1013 • über den Austausch von Bankdaten (SWIFT),
- 1014 • über den Austausch von Fluggastdaten (PNR)
- 1015 • über die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an  
1016 Wirtschaftsunternehmen der USA (Safe-Harbor).

1017 Wir wollen Freiheit im Internet sicherstellen. Dazu gehört die Neutralität des Netzes. Sie darf nicht  
1018 dem Markt überlassen werden, sondern muss gesetzlich festgeschrieben werden.  
1019 Wir wollen die Netzwerkkapazitäten ausbauen. Die entsprechenden EU-Richtlinien müssen so  
1020 verändert werden, dass gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder kommunaler Netzausbau  
1021 erleichtert wird. Die Privatisierung in diesem Bereich wollen wir zurückdrängen.

## 1022 **2.5 Gleiche Rechte für Sinti und Roma**

1023 Sinti und Roma sind die größte ethnische Minderheit in der EU - dennoch werden sie in vielen  
1024 Ländern der Europäischen Union diskriminiert. Ihre Diskriminierung muss als Rassismus verstanden  
1025 und die mangelnde Umsetzung der EU-Beschlüsse mit erheblichen Strafen für die entsprechenden  
1026 Länder geahndet werden. Eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Bildungs- und  
1027 Gesundheitswesens sowie die Förderung der Beschäftigung für Sinti und Roma ist nötig.

- 1028 • Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung der Sinti und  
1029 Roma fördern.
- 1030 • Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und  
1031 Ausbildungsangebote. Kinder dürfen nicht in Sonderschulen abgeschoben werden.  
1032 Die vielfältige Kultur, die Traditionen und Sprache muss durch die Bereitstellung von  
1033 EU-Mitteln gefördert werden.
- 1034 • Selbstverständlich stehen Sinti und Roma die Freizügigkeit innerhalb der EU zu,  
1035 diskriminierende Sondervereinbarungen sind unzulässig.
- 1036 • Der Völkermord an den Sinti und Roma während des Faschismus muss endlich  
1037 anerkannt werden. Die Überlebenden haben ein Recht auf Entschädigungszahlungen.

## 1038 **2.6 Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa**

1039 Parteien der extremen Rechten sind in zahlreichen europäischen Ländern zu einem bedrohlichen  
1040 Faktor der Politik geworden. In Deutschland versucht die „Alternative für Deutschland“ Kapital aus  
1041 der Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik der Bundesregierung zu schlagen. Sie bedient und befördert  
1042 nationalistische und sozialchauvinistische Tendenzen. Gleichzeitig stärkt sie wirtschaftsliberale und  
1043 demokratiefeindliche Positionen.

1044 Die diskriminierenden Positionen der rechten Parteien wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft, sie  
1045 finden ihren Nährboden in der desaströsen Politik der Herrschenden – die zur sozialen Ausgrenzung  
1046 führt, die Konkurrenz verschärft und nationalistische Vorurteile schürt. Seit dem 11. September 2001  
1047 werden Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter den Generalverdacht terroristischer  
1048 Umtriebe gestellt. Wir suchen den Dialog mit muslimischen und jüdischen Gemeinden und Vereinen  
1049 und stellen uns gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus.

1050 Es gibt europäische Gesetze, Verordnungen und behördliches Handeln, die Diskriminierung  
1051 legitimieren: Die vor allem auf Abschreckung und Abwehr ausgerichtete europäische  
1052 Flüchtlingspolitik bestärkt Ideologien der Ungleichheit, wie sie von den rechten Parteien vertreten  
1053 werden. Während die Rechten Parteien Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander  
1054 aufbringen wollen, steht DIE LINKE für internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf gegen  
1055 die Krisenpolitik der europäischen Regierungen.

1056 DIE LINKE kämpft gegen Ungleichheitsideologien, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus,  
1057 Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus.

- 1058 • DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen  
1059 Rassismus und Intoleranz (ECRI) in den Mitgliedsstaaten der Union auch tatsächlich  
1060 umgesetzt werden.

## 1061 **2.7 Bildung für ein anderes Europa**

1062 Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie muss allen Menschen offen stehen - unabhängig  
1063 von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft. Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre  
1064 Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die  
1065 „Beschäftigungsfähigkeit“ der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer  
1066 Bildungspolitik gestellt. Mit „lebenslangem Lernen“ wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass  
1067 die Beschäftigten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden  
1068 europäischen Arbeitsmarkt anpassen sollen.

1069 Ein demokratisches Europa dagegen braucht gute und demokratische Bildungssysteme. Die  
1070 Abschaffung der seit 2005 eingeführten Studiengebühren durch die Studierendenbewegung, in  
1071 einigen Bundesländern auch auf Druck unserer Landtagsfraktionen war ein Erfolg. DIE LINKE tritt für  
1072 ein Umsteuern in der europäischen Bildungspolitik ein. Die schrittweise Privatisierung von  
1073 Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden. Es darf nicht nur darum gehen, eine kleine  
1074 europäische Bildungselite herauszubilden.

- 1075 • DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in  
1076 Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische  
1077 Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen.
- 1078 • Die Dienstleistungsrichtlinie der EU erhöht den Privatisierungsdruck auf die so genannten  
1079 Bildungsdienstleistungen und wird von uns abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und  
1080 muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

1081 Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die  
1082 Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- 1083 • Wir fordern die Abschaffung des Bologna-Systems – weg von repressiven  
1084 Studienordnungen hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen  
1085 Studieren.
- 1086 • Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die  
1087 Umsetzung des UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im  
1088 Mittelpunkt, und alle Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren  
1089 abzuschaffen.
- 1090 • Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg  
1091 austauschen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der  
1092 Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU  
1093 ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden (Erasmus for  
1094 All/YES Europe 2014-2020, das Comenius-Programm für Schulaustausch sowie für den  
1095 berufsbildenden Austausch im Rahmen des Leonardo da Vinci-Programms, Kreatives Europa  
1096 2014-2020, Europa der Bürgerinnen und Bürger 2014-2020).

1097 **Berufsbildung:** Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation müssen Leitziele der  
1098 allgemeinen und beruflichen Bildung sein.

1099 Mit dem Kopenhagen-Prozess hat die EU eine intensive Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der  
1100 Berufsbildungspolitik auf den Weg gebracht. Dabei orientiert sie sich am Leitbild eines deregulierten  
1101 Bildungsmarktes, auf dem sich jede und jeder aus verschiedenen Modulen die eigene Qualifikation  
1102 zusammenbasteln muss. DIE LINKE setzt sich für ein grundlegendes Umsteuern dieser Politik ein. Wir  
1103 streiten für ganzheitliche Berufsausbildungen, die jungen Menschen eine breite Basis für ihren

1104 Berufsweg geben und sie in die Lage versetzen, ihren Lebensweg eigenständig zu gestalten.

1105 **2.9 Kultur für Alle**

1106 Europa versammelt einen großen Reichtum unterschiedlicher Kulturen und Erfahrungen, die allen zu  
1107 Gute kommen können. DIE LINKE steht für einen gegenseitigen respektvollen Austausch der  
1108 Perspektiven zwischen unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Verständnissen. Wir  
1109 wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben  
1110 können.

1111 Wir lehnen die Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen.  
1112 Künstlerinnen und Künstlern und allen in der Kultur Tätigen müssen Unterstützung erhalten. Wir  
1113 treten für ihre freie Entfaltung und soziale Absicherung ein.

1114 • Die EU-Förderprogramme Bereich Kultur und Bildung müssen ausreichend finanziert  
1115 werden. Mindestens ein Prozent des EU-Haushaltes sollte für den Kulturbereich ausgegeben  
1116 werden.

1117 Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir  
1118 stärken. Sie müssen eine angemessene Vergütung für ihre Arbeit erhalten. DIE LINKE stellt sich gegen  
1119 Bestrebungen, in diesen Bereichen auf immer mehr Markt und immer weniger Schutz und öffentliche  
1120 Förderung zu setzen.

1121

## 1122 **3. Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen**

### 1123 **3.1 Europa in einer globalisierten Welt**

1124 Historisch zielte die Einigung in Europa darauf, Kriege zu verhindern und – nach den Weltkriegen im  
1125 20. Jahrhundert – zu einer friedlichen Entwicklung in und außerhalb Europas beizutragen. Doch damit  
1126 die EU einen Beitrag zu einer solchen Entwicklung leisten kann, brauchen wir einen Neustart: für  
1127 mehr soziale Gerechtigkeit, für soziale Beziehungen in Europa und der EU in der Welt, für Abrüstung  
1128 und Frieden.

1129 Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit und die Konkurrenz um knappe Ressourcen  
1130 führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger,  
1131 Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.  
1132 Die neoliberalen Wirtschafts- und Handelsabkommen haben schnelle und kurzfristige  
1133 Wachstumsraten für die europäischen Länder im Blick. So schützt die EU die eigene  
1134 Wettbewerbsfähigkeit, indem sie beispielsweise die Patente für Medikamente gegen Malaria und  
1135 HIV/Aids nicht freigibt, obwohl diese in vielen armen Ländern dringend gebraucht werden. Die EU  
1136 tritt zunehmend, wie zum Beispiel in den Verhandlungen um Freihandels- und  
1137 Wirtschaftsabkommen, fordernd gegenüber anderen Staaten auf und droht mit Handelssanktionen,  
1138 wenn die eigenen Bedingungen nicht akzeptiert werden.

1139 DIE LINKE setzt sich für eine Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots in den  
1140 internationalen Beziehungen ein. „Humanitäre“ Interventionen lehnen wir ab. Sie schützen keine  
1141 Menschenrechte, sondern sind Teil massenhafter Menschenrechtsverletzungen durch EU- und NATO-  
1142 Staaten. Wir wollen politische Lösungen, keine neuen Kriege unter Beteiligung der EU.  
1143 Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes  
1144 Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das  
1145 geht nur, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – in  
1146 internationaler Solidarität.

1147 DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, wie sie die EU  
1148 umfassend betreibt, ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die  
1149 Militarisierung der Außenpolitik nur verschleiert. DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der  
1150 Friedensbewegung gegen die Militarisierung der EU. Sie setzt darauf, Auslandseinsätze zu beenden  
1151 und Rüstungsproduktion und -exporte zu verbieten. Statt auf einen weiteren Ausbau einer  
1152 Militärmacht EU setzen wir auf eine friedliche und zivile EU.

- 1153 ● DIE LINKE tritt für eine zivile, friedliche Politik innerhalb Europas ein. Kampfeinsätze im  
1154 Rahmen der EU-Battlegroups und militärische EU-Missionen lehnen wir ab.
- 1155 ● Militärberatungsmissionen und die Polizeiausbildung zur Unterstützung autoritärer Regime  
1156 wie in Afghanistan müssen sofort beendet werden.
- 1157 ● Wir wenden uns gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an  
1158 Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der  
1159 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert und lehnen eine  
1160 Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie an EU-  
1161 Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab.
- 1162 ● Bestandteil einer Entmilitarisierung der EU ist die Beendigung der Sicherheitskooperation mit  
1163 den USA. Wir setzen uns für einen Austritt Deutschlands und anderer EU-Staaten aus den  
1164 militärischen Strukturen der NATO ein.

- 1165 • DIE LINKE fordert, die US-Militärbasen in der EU zu schließen, da diese für  
1166 völkerrechtswidrige Kriege und CIA-Folterflüge benutzt werden und einen Faktor ständiger  
1167 Unsicherheit darstellen. Wir setzen auf eine Beendigung der militärischen und  
1168 geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit den USA, dies beinhaltet die Kündigung der  
1169 entsprechenden Abkommen.
- 1170 • Wir wollen eine EU, die frei ist von Massenvernichtungswaffen. DIE LINKE wendet sich  
1171 deshalb auch gegen ein neues atomares Wettrüsten in Europa, als Teil dessen die Aufstellung  
1172 des Raketenschildes durch die USA zu kritisieren ist.

1173 Die Erfahrungen der Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Grundlage für die Gründung einer  
1174 europäischen Staatengemeinschaft. 2014 jährt sich der Beginn des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Für  
1175 uns ist dies Verpflichtung, uns für eine EU stark zu machen, die konsequent gegen Rüstung, Krieg und  
1176 Gewalt steht. Wir machen uns stark für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes.  
1177 DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen, einer Welt  
1178 ohne Kriege.

### 1179 **3.2 Jede Waffe findet ihren Krieg – Rüstungsexporte EU-weit verbieten**

1180 Und die EU exportiert Güter wie Waffen, Chemikalien und Atomenergieanlagen, die in ihren  
1181 Bestimmungsländern zu kriegerischen Auseinandersetzungen und Umweltproblemen beitragen.  
1182 Verstärkt spielt auch die Sicherung von natürlichen Ressourcen eine Rolle. Die EU-Staaten sind  
1183 gemeinsam neben den USA der größte Rüstungsexporteur der Welt.

1184 Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und den Export von Waffen und die  
1185 Militarisierung der Außengrenzen.

- 1186 • Statt auf einen Ausbau der Rüstungsindustrie setzen wir auf Konversion.  
1187 • Die EU-Verteidigungsagentur fördert Rüstungsproduktion und -export. Die EU-  
1188 Rüstungsagentur soll abschafft und Rüstungsexporte EU-weit verboten werden.

### 1189 **3.3 Europa darf keine Festung sein!**

1190 Die EU-Freihandelspolitik sowie die Subventionen für Agrarprodukte zerstören die Lebensgrundlagen  
1191 der Menschen in anderen Regionen der Welt. Das löst Migrationsbewegungen aus: Arbeitsmigration  
1192 oder Flucht vor politischer Instabilität und Gewalt. Mit einer überbordenden Überwachung der  
1193 Außengrenzen will sich die EU gegen diese Folge ihrer Politik abschotten. Die Dublin-Verordnung der  
1194 EU sieht vor, dass im Regelfall dasjenige EU-Land für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig  
1195 ist, über das Asylsuchende in die EU eingereist sind. Die EU-Länder mit Außengrenzen versuchen, die  
1196 Grenzen möglichst hermetisch abzuschotten oder die Abwehr von Flüchtlingen auf Drittstaaten vor zu  
1197 verlagern.

1198 Angesichts der dramatischen Lage an den Außengrenzen – mit über 20 000 Toten an den EU-  
1199 Außengrenzen seit Anfang der 1990er Jahre – fordern wir: offene Grenzen für Menschen in Not!  
1200 DIE LINKE fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik.

- 1201 • Wir unterstützen das „Memorandum für ein gerechtes und solidarisches System der  
1202 Verantwortlichkeit“ und setzen uns für das Prinzip der freien Wahl des Zufluchtlandes ein,  
1203 auf das sich viele Verbände verständigt haben (z.B. AWO, Diakonie, PRO ASYL, Paritätischer  
1204 Wohlfahrtsverband, Deutscher Anwaltsverein).
- 1205 • Statt Abschottung und Kriminalisierung brauchen wir eine gesamteuropäische Flüchtlings-  
1206 und Migrationspolitik, die Menschen in Not hilft, die der Verantwortung der Europäischen



1207 Union für Migrationsbewegungen gerecht wird und die den Prinzipien der Menschenrechte  
1208 und des Humanismus verpflichtet ist.

1209 • FRONTEX, die Agentur zur „Sicherung“ der Außengrenzen, muss aufgelöst werden. Das  
1210 Seeüberwachungssystem EUROSUR, das nicht Menschen in Not rettet, sondern die  
1211 Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen weiter verschärft, lehnen wir ab.

1212 Wir fordern, dass die Grundrechte der Flüchtlinge eingehalten werden: Alle Migrantinnen und  
1213 Migranten müssen im Rahmen einer Europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial  
1214 gleichgestellt werden. Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssen die Möglichkeit zur  
1215 Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben.

1216 • Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention  
1217 müssen eingehalten werden, besonders: der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-  
1218 Außengrenzen und auf hoher See ist zu befolgen.

1219 • Der Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende müssen  
1220 sichergestellt werden.

1221 • Wir fordern die strikte Achtung der UN-Kinderkonvention. Für Deutschland bedeutet  
1222 dies die Rücknahme des Vorbehalts bezüglich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

1223 • Asylsuchende dürfen nicht inhaftiert werden.

#### 1224 **3.4 Freien Zugang für Alle – EU-Visa-Liberalisierung**

1225 Die EU schottet sich auch durch ihre Visa-Politik ab. Trotz Abkommen zur Visaliberalisierung ist es für  
1226 fast alle Menschen der Welt schwer, Freunde und Verwandte in Europa zu besuchen oder in  
1227 zivilgesellschaftlichen Austausch zu treten.

1228 Die Visa-Politik wird gegenüber EU-Beitrittskandidaten als Druckmittel eingesetzt. Zum Beispiel Sinti  
1229 und Roma aus dem Balkan, genießen real oft keine Reisefreizügigkeit innerhalb der EU, auch wenn  
1230 eine Visafreiheit mit ihren Herkunftsländern verabredet wurde.

1231 DIE LINKE setzt sich für eine Visa-Liberalisierung ein. Unser Ziel ist ein Europa – und eine Welt – ohne  
1232 Visa-Pflicht.

#### 1233 **3.5. Europa ist größer als die EU: Wir wollen es demokratisch und solidarisch gestalten**

1234 Seit ihrem Bestehen hat sich die Europäische Union kontinuierlich erweitert. Dieser Prozess hat den  
1235 Export neoliberaler Wirtschaftspolitik nachhaltig gefördert und zu großen Ungleichheiten innerhalb  
1236 der EU-Mitgliedsstaaten geführt.

1237 Die künftigen Erweiterungen und Nachbarschaftspolitiken müssen so gestaltet werden, dass soziale  
1238 Standards gesichert werden und die neuen Staaten der EU nicht unter Ausbeutung durch  
1239 europäische Großkonzerne leiden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Beitrittsprozessen keine  
1240 zusätzlichen Bedingungen an einzelne Länder gestellt werden.

#### 1241 **3.6 Für faire und solidarische Beziehungen – EU-Nachbarschaft**

1242 Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) versucht die EU, nahe gelegene oder angrenzende  
1243 Staaten wirtschafts- und sicherheitspolitisch an sich zu binden. Die ENP bezieht sich auf Länder  
1244 Nordafrikas, des Nahen Ostens sowie auf den Kaukasus. Sie wird durch regionale Formen der

1245 Zusammenarbeit, wie die östliche Partnerschaft, die Union für den Mittelmeerraum und die  
1246 Schwarzmeersynergie, flankiert. Auch mit Russland besteht eine strategische Partnerschaft.  
1247 • Wir lehnen die Europäische Nachbarschaftspolitik in ihrer bisherigen Gestalt ab. Im  
1248 Vordergrund europäischer Nachbarschaftspolitik sollen die Bekämpfung der Armut und der  
1249 Wohlstand möglichst breiter Teile der Bevölkerung stehen.

### 1250 **3.7 Entwicklungs- statt Freihandelspolitik – Keine Armut durch EU-Interessen**

1251 Die EU-Entwicklungspolitik wird zunehmend mit ihren Handels- und militärischen Interessen  
1252 verknüpft. Die EU-Freihandelsabkommen gefährden die friedliche und eigenständige Entwicklung von  
1253 Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika.

- 1254 • DIE LINKE setzt sich für eine grundlegend veränderte Handelspolitik in der EU ein, die die  
1255 selbstständige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer im globalen Süden  
1256 ermöglicht und fördert. Dazu gehört die Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft an  
1257 der Ausgestaltung der Handelspolitik.
- 1258 • DIE LINKE fordert: Schluss mit den Agrarexport-Subventionen der EU! Stattdessen müssen die  
1259 Produzentinnen und Produzenten im Süden vor dem Nahrungsmittel-Dumping aufgrund der  
1260 EU-Importe geschützt werden. Die LINKE fordert die Konzentration der  
1261 Entwicklungshilfegelder auf Maßnahmen zur direkten Armutsbekämpfung. Finanzmittel, die  
1262 für Entwicklungshilfe vorgesehen sind, dürfen nicht für Militarisierung verwendet werden.

1263 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Land die freie Entscheidung darüber hat, ob beziehungsweise  
1264 wann es ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet und ratifiziert. Die  
1265 wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungsfähigkeit der Partnerländer darf nicht durch Handels- und  
1266 Investitionsabkommen mit der EU untergraben werden, sondern sollte durch die EU-  
1267 Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Wir fordern die Stärkung der Mitwirkungsrechte der  
1268 Paritätischen Parlamentarischen Versammlung der AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des  
1269 Pazifiks) und des Europäischen Parlaments an der Programmierung und Umsetzung des EEF.

## 1270 **4. Europa verändern**

1271 DIE LINKE hat die falschen Grundlagen der Europäischen Union von Anfang an kritisiert: Statt Frieden  
1272 und soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Europa stand und steht die Freiheit der Märkte an  
1273 erster Stelle. Deshalb haben wir den Lissabon-Vertrag abgelehnt, deshalb haben wir gegen die  
1274 Bolkestein-Richtlinie gekämpft, die die Rechte der Beschäftigten geschwächt und den Ausverkauf der  
1275 öffentlichen Daseinsvorsorge vorangetrieben hat. Heute, mit Wirtschaftskrise und Bankenrettung  
1276 sind die Ergebnisse dieser falschen Ausrichtung der EU offensichtlich.

1277 Wir lassen uns nicht darauf ein, uns zwischen einer neoliberalen EU und einem neoliberalen  
1278 Nationalstaat zu entscheiden. Kapital und Konzerne sind längst europäisch und international  
1279 verflochten und vernetzt und setzen diese ökonomische Macht auch politisch ein, um ihre Interessen  
1280 durchzusetzen. Beschäftigte internationaler Konzerne erfahren täglich, wie ihre Standorte  
1281 gegeneinander ausgespielt werden, und wie ohnmächtig sie sind, wenn sie nicht in der Lage sind,  
1282 grenzüberschreitende Solidarität herzustellen. Wir streiten auf nationaler wie auf europäischer  
1283 Ebene für soziale Forderungen und demokratische Rechte. Wir führen die Kämpfe dort, wo sie  
1284 stattfinden – dort, wo Demokratie und Sozialstaat in Frage gestellt werden: Um die Verteilung des  
1285 gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, um die Rechte der Beschäftigten, der  
1286 Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner – für ein gutes Leben für alle in Europa. Um ein  
1287 Wirtschaftsmodell, in dem es nicht um das „Vertrauen“ der Finanzmärkte, sondern der Bürgerinnen  
1288 und Bürger geht. Um ein Europa, in dem die Menschen und die Bevölkerungen nicht gegeneinander  
1289 gestellt und die natürlichen Grundlagen nicht zerstört werden – für ein Europa der solidarischen  
1290 Nachbarn. Zusammen mit Allen, die in die gleiche Richtung wollen: einen Neustart der Europäischen  
1291 Union – demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich.

1292 Ein soziales Europa kann nur von unten entstehen. Wir knüpfen an die tatsächlichen  
1293 gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und sozialen Kämpfe an, stehen an der Seite vieler  
1294 Menschen in Europa, die sich gegen die Diktate der Troika, gegen Lohn- und Rentenkürzungen,  
1295 Massenarbeitslosigkeit und Bankenrettungen zur Wehr setzen. Europaweite Proteste und  
1296 koordinierte Generalstreiks – DIE LINKE ist Teil dieser europäischen und internationalen Solidarität.  
1297 Zusammen mit Gewerkschaften und den europäischen Bewegungen streiten wir gegen die  
1298 Kürzungspolitik und ein Europa des Wettbewerbs und der Konkurrenz. Zusammen mit europäischen  
1299 linken Parteien in der Fraktion der Vereinte Europäische Linke /Nordische Grüne Linke. Mit einer  
1300 starken LINKEN für ein solidarisches Europa!